



Protokoll

**12. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 4. Juni 2007, 18:00 Uhr,
Gemeinderatssaal**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2006 der Oberstufe Uster
(Anträge Nr. 75 und 73)
- 4 Geschäftsberichte und Jahresrechnung 2006 der Stadt Uster
(Anträge Nr. 76 und 72)
 - 4.1 Allgemeine Diskussion GF inkl. Investitionen
 - 4.2 GF Primarschule
 - 4.3 GF Steuerung und Führung
 - 4.4 GF Bürger- und Parlamentsdienste
 - 4.5 GF Kultur
 - 4.6 GF Finanzen
 - 4.7 GF Liegenschaften
 - 4.8 GF Infrastrukturbau und Unterhalt
 - 4.9 GF Stadtraum und Natur
 - 4.10 GF Hochbau und Vermessung
 - 4.11 GF Sicherheit
 - 4.12 GF Publikumsdienste
 - 4.13 GF Soziale Sicherheit
 - 4.14 GF Gesundheit
 - 4.15 GF Betreutes Wohnen
 - 4.16 GF Sport
 - 4.17 GF Sozialhilfe
- 5 Motion Nr. 524 des Ratsmitgliedes Thomas Wüthrich betreffend Schaffung eines Energiesparfonds unter Verwendung des höheren Gewinnanteils der ZKB
- 6 Postulat Nr. 525 des Ratsmitgliedes Reto Dettli betreffend «Strategische Entwicklung Stadthofsaal und Umgebung»

- 7 Motion Nr. 526 des Ratsmitgliedes Patricia Bernet betreffend Erfüllung Kyotoprotokoll
- 8 Postulat Nr. 527 des Ratsmitgliedes Patricia Bernet betreffend Stromsparfonds
- 9 Motion Nr. 528 des Ratsmitgliedes Patricia Bernet betreffend Verminderung der Lichtemissionen

Präsenz

Vorsitz	Werner Hürlimann, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Harry Kohler ab 19.30 Uhr geht Balthasar Thalmann
Unentschuldigt:	Werner Kessler
Verspätet:	(ab Traktandum)
Presse	Werner Frei, ZO Heinz Girschweiler, TA Frank von Niederhäusern, SDA Brändli

Der Präsident begrüsst als Vertretung der Oberstufenschulpflege Marianne Biber und als Vertretung der Primarschulpflege Lilo Baschung.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

1 Mitteilungen

In der Aktenaufgabe liegen auf:

- Zeitschrift Persönlich vom Mai 2007
- Erfolgsbericht 2006 der Stiftung Buechweid
- Broschüre der Universität St. Gallen: Thema: Kleinere und mittlere Gemeinden, wohin führt der Weg?
- Rücktrittsgesuch von Marc Meyer, datiert vom 21. Mai 2007
- Präsidialverfügung des Bezirksrates Uster vom 22. Mai 2007 betreffend Rücktrittsgesuch Marc Meyer
- Rücktrittsgesuch von Patricia Bernet, datiert vom 22. Mai 2007
- Präsidialverfügung des Bezirksrates Uster vom 24. Mai 2007 betreffend Rücktrittsgesuch Patricia Bernet
- Protokoll der Wirtschaftsförderung Uster, datiert vom 14. Mai 2007
- Budgetierungsrichtlinien Voranschlag 2008, verfasst von Thomas Kuoni, datiert vom 14. Mai 2007
- Bericht Spielmobil 2006

Stellungnahme des Vorsitzenden **Werner Hürlimann** zu Geschäftslast und Termindruck

In letzter Zeit hat die Zahl der zu behandelnden Geschäfte, zum Teil mit grossem Zeitdruck, massiv zugenommen. Es ist mir ein Anliegen, dass alle Geschäfte seriös und termingerecht behandelt werden können. Wir werden daher am 25. Juni und am 9. Juli je eine Doppelsitzung abhalten müssen.

Um für die Zukunft solche Situationen möglichst vermeiden zu können, habe ich mit Stadtschreiber Baumberger verschiedene Möglichkeiten besprochen. Sie zielen darauf ab, die Abläufe und die Kommunikation zwischen den Abteilungen, dem Stadtrat und dem Gemeinderat zu klären und zu optimieren, ohne dass die Gewaltentrennung gefährdet wird.

Ich hoffe dass wir durch die eben zitierten Massnahmen, die Geschäftslast bis zu den Sommerferien auf ein vertretbares Mass reduzieren können

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in der letzten Zeit vermehrt in aller Eile Geschäfte in den Sachkommissionen und im Rat behandelt werden mussten. Aus diesem Grunde hat heute morgen ein Gespräch mit Stadtschreiber Hansjörg Baumberger stattgefunden betreffend Ablaufschema für die Abteilungen im Zusammenhang mit Geschäften, die in den Gemeinderat müssen.

Persönliche Erklärungen:

Balthasar Thalmann

Persönliche Erklärung - ein neues Wahrzeichen für Uster?

Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Ist es Ihnen auch schon aufgefallen? Uster hat ein neues Wahrzeichen, nein nicht die Skyline im Kern oder das umgebaute Restaurant Burg, auch nicht ein neues Stadion – sondern mit dem Bau des Autodiscounts im Mühleholz. Gerade die Wermatswilerinnen und Wermatswiler können sich mit den riesigen Trägern ganz neu Orientieren. Uster liegt nicht mehr dort bei der Kirche und der Burg, sondern hinter dem Autodiscount. Ich frage mich, ob solch markante Bauten die Absicht des Gemeinderats war, als er den entsprechenden Gestaltungsplan verabschiedet hat. Immerhin wurde festgelegt, dass eine Überbauung von guter städtebaulicher Qualität entstehen soll und dass Bauten so zu gestalten sind, dass eine gute Gesamtwirkung erreicht wird.

Meine Damen und Herren, ich bin wahrscheinlich der erste, der für markanten Bauten zu haben ist – z.B. für den neuen Stadthofsaal oder die Stadthausenerweiterung. Aber auch hier gilt: die Einordnung muss stimmen, in die Siedlung und in die Landschaft. Wir müssen Sorge tragen zu unserer Stadt – sie hat's verdient.

Balthasar Thalmann

Marc Meyer

Geschätzter Ratspräsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Am 8. Mai hat die Primarschulpflege einer interessierten Öffentlichkeit das preisgekrönte Projekt für den Neubau des Primarschulhauses Krämeracker vorgestellt. Es ist ein bemerkenswertes Projekt. Der verantwortliche Architekt – Thomas Fischer aus Zürich – hat die dem Projekt zugrunde liegende Leitidee in etwa so beschreiben:

„Stellen Sie sich vor ... die meisten Schülerinnen und Schüler werden in Zukunft auf dem Schulhaus lernen ... unter einem leichten, fliegendem Dach ... ganz nahe beim Himmel ... denn da, das wissen wir alle, kommt das Wissen her ... alle werden beieinander sein ... sie werden gemeinsam lernen, gemeinsam die Welt entdecken ...

Wie gesagt, ein bemerkenswertes Projekt. Bemerkenswert, weil das „fliegende Klassenzimmer“ mehr macht, als nur ein Problem – In diesem Fall: Schulraum zu schaffen – löst. Das Projekt will mehr. Es will den Geist öffnen, Mut machen für die Zukunft ... und es will den Geist und die Seele berühren. Und das gelingt.

Sicher, momentan hat der Vorschlag noch einige Kinderkrankheiten – zu grosse Lehrer werden an manchen Orten noch ihren Kopf anschlagen oder der so wichtige Raum für die Tagestrukturen ist zu klein bemessen – doch diese Probleme lassen sich lösen und dann bekommt Uster ein besonderes Schulhaus. Ein Schulhaus, welches einen Mehrwert schafft.

Es ist zu hoffen, dass dieses Beispiel Schule macht – nicht nur beim öffentlichen Bauen, sondern ganz allgemein. Wir hier drinnen in diesem Saal sind nicht nur gewählt um zu verwalten, um Probleme zu

lösen. Wir müssen auch vor-denken und vor-lenken. Ich habe es an anderer Stelle auch schon gesagt: Unser Gesellschaftsvertrag ist kein starres Gebilde. Er muss dauernd erneuert werden - und er muss mit Zukunft gefüllt werden.

Ich gratuliere der Primarschulpflege zu ihrem weisen, mutigen Entscheid. Sie haben es offensichtlich gespürt. Sie sind es, die wesentlich an unserer Zukunft – mit unseren Kindern – bauen.

Danke.

Marc Meyer, 16. April 2007

Thomas Wüthrich

Steuergeschenke statt Sicherheit - zur Lage der Stadtpolizei Uster

Den letzten beißen die Hunde, lautet das Sprichwort. Und das funktioniert im Kanton Zürich beispielsweise so. Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat entzieht mit ihrer Steuersenkungspolitik dem Staat finanzielle Mittel, die er für die Erfüllung von Aufgaben dringend benötigen würde. So ist der Kanton gezwungen, in zunehmendem Masse Aufgaben an die Gemeinden abschieben. Dort gibt es wie in Uster ebenfalls bürgerliche Mehrheiten in Exekutive und Parlament, die genau gleich wie ihre Kollegen auf Kantonsebene mit Steuersenkungen Politik zu machen versuchen. Diese Politik kann nicht aufgehen, zumal der Staat oder die Gemeinde immer wieder neuen Herausforderungen begegnen muss.

Dies wurde der KÖS im Laufe der Beratungen zur Rechnung 06 eindringlich bewusst, als die Leistungsgruppe Stadtpolizei Gegenstand der Verhandlungen war.

Uster als Zentrumsgemeinde ist der Schauplatz von rund 280 Veranstaltungen pro Jahr, bei denen ein mehr oder weniger grosses Sicherheitsrisiko besteht. Insgesamt sind die Sicherheitsaufwendungen zur Durchführung dieser Events enorm. Dramatisch wird die Situation dann, wenn zunehmend mehr Jugendliche immer grössere Mengen Alkohol konsumieren. Rauschtrinken ist in. Entsprechend sind die oft gerade mal 14-jährigen Menschen extrem aggressiv und lassen ihrer Zerstörungswut freien Lauf. An jedem grösseren Fest wie z.B. an der Chilbi in Nänikon kommt es zu massiven Sachbeschädigungen. Im Vollrausch kennen die jungen Erwachsenen keine Grenzen.

Extrem schwierig wird es für die Polizei selber, diese Grenzen zu setzen, wenn nicht genügend Personal vorhanden ist. Bei solchen Vorkommnissen müsste die Polizei in Gruppen von 6 – 8 Mann ausrücken können. Momentan sind wir davon weit entfernt.

Die Stadtpolizei kann ihre Aufgaben auch deshalb nicht mehr in gewünschter Form wahrnehmen, weil das von den Bürgerlichen getragene Polizeiorganisationsgesetz viele Aufgaben an die Stadtpolizei delegiert. Und weil – als Folge der bürgerlichen Aushungerungspolitik – auch die Kantonspolizei zu wenig Mittel hat, um den Mannschaftsbestand im Korps auf Sollstärke zu bringen.

Dabei könnte es in Uster ja ganz gut aussehen. Stadt- und Gemeinderat waren sich in der strategischen Zielsetzung ja einig, dass im Jahr 2010 die Stadtpolizei 30 Vollzeitstellen umfassen soll. Wenn es aber darum geht, entsprechende Mittel zu sprechen, blocken die Bürgerlichen ab. Stadtrat Hans Streit war letztes Jahr explizit gegen eine zusätzliche Stelle bei der Stadtpolizei.

Und im Gemeinderat machte die bürgerliche Mehrheit auf Vogelstrauss-Politik, wie wenn die Stadt nicht auf neue, ernst zu nehmende Herausforderungen reagieren müsste. Mit ihrer Steuersenkungspolitik nehmen die bürgerlichen Parteien gravierende Lücken im Bereich Sicherheit in Kauf, anstatt adäquat neuen Problemstellungen zu begegnen.

Deshalb machen die Grünen die bürgerlichen Parteien dafür verantwortlich, wenn wir zunehmend mehr Steuergelder verschwenden müssen, um Sachbeschädigungen in Ordnung zu bringen. Und es liegt an den Bürgerlichen, wenn wir uns in Uster nicht mehr sicher fühlen können, nur weil die Polizei nicht die notwendigen Mittel erhält, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Der Bevölkerung in Form von Steuersenkungen Sand in die Augen zu streuen, ist keine nachhaltige Politik.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Thomas Wüthrich, Grüne

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 11. Sitzung des Gemeinderates vom 16. April 2007 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 66 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag der Oberstufenschulpflege betreffend Geschäftsbericht und Jahresrechnung Oberstufe 2006 (Anträge Nr. 75 und 73)

Im Ausstand befinden sich Regula Trüeb, Rolf Denzler, Tobias Deininger und Jean-François Rossier als Näniker.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Reto Dettli**.

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Als Referent der Kommission KBK erläutere ich Ihnen im Folgenden die Prüfung des Geschäftsberichtes der Oberstufe Uster. Anlässlich einer Vorbesprechung mit der Präsidentin der Oberstufe, Frau Marianne Biber und dem Finanzverantwortlichen, Daniel Wyssen, wurde der Geschäftsbericht durch die KBK-Ausschussmitglieder Rudolf Locher und Reto Dettli eingehend diskutiert.

Der Geschäftsbericht ist gut gegliedert, transparent und geht auf die wichtigsten Aspekte ein. Die Legislaturziele 2006/2010 sind aufgeführt, so dass auch ein Vergleich zwischen gesetzten Zielen und Erreichtem ersichtlich wird.

Wiederum wurden die Führungsstrukturen durchleuchtet, vor allem hinsichtlich den Schnittstellen Präsidium / Schulleitungen / Lehrkräfte. An den 14-täglichen Geschäftsleitungssitzungen wird jeweils aus den einzelnen Schulhäusern kurz berichtet. Es herrsche ein offenes Klima und Konflikte, wie sie kürzlich in der Stadt Zürich ersichtlich wurden, würden in Uster früher in den Leitungsgremien thematisiert.

Die Oberstufe hat auch gemäss Volksschulgesetz den Bedarf an Tagesstrukturen erfasst. Der Bedarf ist deutlich kleiner als bei der Primarschule, es ist aber absehbar, dass an jedem Schulhaus an allen Tagen mindestens über den Mittag eine Nachfrage besteht, welche ein Angebot rechtfertigt.

Im weiteren wurden Themen zu Schulleitungen, zum Übergang ins Gymi bzw. dem vordringlichen Ziel der Oberstufe, nämlich einer Anschluslösung nach Abschluss der Oberstufe, zu Sport und Gesundheit, zu den Kosten von Heimeinweisungen sowie zur Fortbildungsschule Oberstufe Uster an Hand des Geschäftsberichtes diskutiert. Letzteres ist ein etwas komisch anmutendes Hauswirtschafts-Weiterbildungsangebot für Erwachsene, für das aber offenbar ein gesetzlicher Auftrag besteht.

Etwas länger haben wir über den stetig wachsenden Sachaufwand diskutiert. Aus der Rechnung gehen die Gründe für die Zunahme von gut 20% innerhalb von 3 Jahren nicht hervor. Anlässlich der KBK – Sitzung konnten die Gründe wegen fehlenden vergleichenden Kennwerten nur qualitativ beurteilt werden. Mit ein Grund für die steigenden Kosten sind zwei zusätzliche geführte Klassen sowie Informatiaufwendungen. Die KBK möchte dies aber noch etwas vertiefter analysieren und hat der OS den Auftrag erteilt, für die Diskussion des kommenden Budgets die Einflussfaktoren auf den Sachaufwand und die zukünftigen Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen. Wir werden uns also anlässlich des Budgets nochmals mit diesen Fragen auseinandersetzen. Die Budgetierung erscheint uns als günstigerer Zeitpunkt für eine derartige Diskussion als Geschäftsbericht und Rechnung – wenn man nur noch über die bereits getätigten Ausgaben beschliessen kann.

Die KBK hat den Geschäftsbericht mit 8:0 Stimmen genehmigt empfiehlt dem Gemeinderat Selbiges zu tun.

*Für die KBK:
Reto Dettli*

|

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Ruedi Locher**.

RL: (Kommentar mit Meinung FDP/CVP Fraktion identisch, deshalb Verzicht auf Votum)

Bericht zur Jahresrechnung der „Oberstufenschulgemeinde 2006“

Antrag Nr. 73

Die Rechnung 2006 der Oberstufenschulgemeinde Uster weist einen **Ertragsüberschuss von 736'493.31 auf**. Das Resultat ist um Fr. 1'472'986.62 besser als das budgetierte Defizit von Fr. 995'000.00 und um Fr. 1'184'140.64 als die Vorjahresrechnung 05.

Der **Ertrag lautet auf Fr. 17'344'190.81**, Fr. 1'559 Mio mehr als budgetiert.

Dazu haben vor allem die **Gesamtsteuereinnahmen** von insgesamt Fr. 12'552'754.25 beigetragen, Fr. 953'000.- mehr als im Vorjahr.

Höhere Entgelte + 437'000.- von anderen Gemeinden, höhere Vermögenserträge/Zinse + 30'816.- und nicht zuletzt höhere Beiträge mit Zweckbindung +86'000.- (Soubventionen und Staatsbeiträge) haben das gute Rechnungsergebnis weiter gestützt.

Der Aufwand 2006 betrug Fr. 16'607'697.50, Fr. 172'602.50.- geringer als budgetiert. Die Steuerlasse und Abschreibungen/Verluste; sanken auf insgesamt Fr. 81'440.50.

Die Steuerbezugskosten Fr. 268'752.60. , im Budget waren 235'000.- vorgesehen.

Liegenschaftsverwaltung, Heizmaterial +15%, Einrichtungen und techn. Geräte + 25% verzeichnen marginale Mehrkosten, zu erwähnen sind doch Mehrauslagen für Anschaffungen für den Unterricht + 278%, Sachaufwand +280% bei der BWS, Vikariate, Zusatzunterricht und Sonderpädagogik, Heimversorgungen/ext. Schulung und natürlich aus die erhöhten Abschreibungen. Minderausgaben ergeben sich bei Betriebs- und Defizitbeiträgen sowie der Halbierung der Beiträge an die Kantonalen Mittelschulen infolge geringerer Schülerzahlen (!).

Die „**KuSs**“ mit eigener Betriebsrechnung erarbeitet als Jahresteilrechnung einen „temporären“ Nettoerlös von Fr. 80'785.60 ab, welcher dann in der Ganzjahres-Betriebsrechnung ausgeglichen sein soll. Es wurde eine Spende von Fr. 6'000.- verzeichnet.

Steuerkraftausgleich

Der **Steuerkraftausgleich beträgt Fr. 1'818'004.00** , Fr. Fr. 332'000.- tiefer gegenüber dem Budget um Fr. 92'181.- tiefer gegenüber dem Vorjahr.

Investitionen 2006

Es wurden insgesamt netto Fr. **5'974'197.25 Fr. in Hochbauten investiert**.

Der Voranschlag lautete auf **Fr. 6'325'000.-**.

Folgende Investitionen wurden getätigt; wobei die Realisation der BWS den Grossteil der Investitionen ausgelöst hat:

BWS Sanierung, Teilabrechnung	Fr. 4'196'375.05
BWS Erweiterung, Teilabrechnung	Fr. 1'346'006.00
Renovation Weidli, total	Fr. 232'923.35
Planung SH Krämi	Fr. 74'380.90
Pavillon Freiestrasse,	Fr. 26'000.00

Die Abschreibungen betragen fast budgetgenau 2'153'648.25. . (Budget 2'200'000.-)

Bilanz 2006

Die OS weist per Rechnungsabschluss 2006 **Aktiven von Fr. 29'471'741.35**, aufgeteilt in **Fr. 10'806'741.35 Finanzvermögen** und **Fr. 18'665'000.00 Verwaltungsvermögen auf**

Die **Passiven** beziffern sich auf ein **Fremdkapital von Fr. 6'816'413.20** woraus das ausgewiesene Eigenkapital über **Fr. 22'655'328.18** resultiert.

Natürlich sind die beiden Legate „Armbrustfond“ im Betrage von 18'583.25 und der „Unterstützungsfond für schulische Zwecke jeglicher Art“ Fr. 54327.30 eingerechnet.

**Die Rechnungsprüfungskommission empfiehlt Annahme der Jahresrechnung 2006
Und verdankt der OS die saubere, klar aufgestellte Jahresrechnung.**

Für die Rechnungsprüfungskommission

Rudolf Locher

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 29 : 0 Stimmen**

**Der Geschäftsbericht 2006 der Oberstufe Uster (Antrag Nr. 75) wird
gutgeheissen.**

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 29 : 0 Stimmen**

**Die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung der Oberstufe
Uster (Antrag Nr. 73) wird gutgeheissen.**

4 Antrag des Stadtrates betreffend Geschäftsberichte und Jahresrechnung 2006 der Stadt Uster (Anträge Nr. 76 und 72)

Der Vorsitzende informiert die Anwesenden über den Ablauf der Beratungen bzw. Abstimmungen: Aus den einzelnen Sachkommissionen werden die Berichte über die Geschäftsfelder 2006 durch die in den Kommissionen bestimmten Gemeinderäte präsentiert.

Der RPK-Präsident wird die Erkenntnisse aus der RPK mitteilen.

Der Vorsitzende bittet die Referenten, sich an die Zeitvorgabe zu halten und über das Abstimmungsergebnis in der Kommission zu berichten.

Im Folgenden resümiert Finanzvorsteher **Heinz Wolfensberger**, die Jahresrechnung 2006.

Jahresrechnung 2006 Stadt Uster

Ich danke ihne, dass ich d'Jahresrächnig 2006 vo de Stadt Uschter churz dörf vorstelle. Ich würde ihne z'erscht en Überblick über di wichtigschte Zahle gäh, d'Investitionsrächnig e chli belüchte und zum Schluss no churz zämmefasse und en chline Usblick mache. Die eigentlichi Analyse aber vo de laufende Rächning 2006 überlan ich sälbverständlich wie immer ihne, als schlussändlich gnehmigendi Behörde.

Z'erscht jetzt also zu de wichtigschte Zahle; eimal meh uf de Site 3 vo eusem usfüerliche Bricht. D'Jahresrächnig vo de Stadt Uschter schlüss mit eme erfreuliche Ertragsüberschuss vo 7,7 Millione Franke ab. Budgetiert isch en Ufwandüberschuss i de Höchi vo 1,3 Millione Franke gsi. Also es um rund 9 Millione bessers Ergäbnis als budgetiert. Dä positivi Rächningsabschluss isch aber hauptsächlich uf folgend eimal meh eimalige und nöd konschtante Inahmefaktore, wo eifach nöd seriös dur eus chönd budgetiert werde, zrugzfüere:

- Mir händ bi de ordentliche und de Stüre us de Vorjahr Mehrnahme vo rund 4,8 Millione Franke gah;*
- De Gwünnateil vo de ZKB isch um 729'000 Franke höher gsi als budgetiert. Näbebi sei da bemerkt, dass mir au das Jahr bereits wieder vo de ZKB positiv überrascht worde sind. Anstatt wie budgetiert 1,5 Millione hät eus euisi Staatsbank, wie scho publiziert, 2,26 Millione Franke a Gwünnateil überwiese. Im Gsamte sind im Kanton Züri 341 Millione Franke a Kanton und Gmeinde usgschüttet worde. Vile herzliche Dank au a dere Stell a di Verantwortliche vo de ZKB, au wänn sie jetzt grad wäge andere Themene i de Schlagziele sind.*
- Ufgrund vo de tüfere Investitione sind au d'Abschriebige um 1,4 Millione tüfer usgfalle;*
- Dänn händ mir eimal meh s'lescht Jahr meh Buechgwünn bi Landverchäuf vo 1,35 Millione Franke gha und schliesslich*
- hät au de Spital Uschter eimal meh mit emene bessere Betriebsergäbnis rund 850'000 Franke d'Stadtkasse weniger belaschtet.*

D'Nettoinvestitione im Verwaltigsvermöge beträged 7,1 Millione Franke. Die Investitione händ vollständig über de Cash Flow chöne finanziert werde. De Sälbschtfinanzierungsgrad betreit hervorragendi 236 % und s'Eigekapital hät sich um de Ertragsüberschuss und d'Neubewertig vo de Liegenschaft uf neu öppis über 114 Millione Franke erhöht. Das vom Stadtrat definierte finanzpolitische Ziel, wonach di laufend Rächning muess usgliche si, isch also eimal meh klar übertroffe worde. De Ustermer Finanzhushalt isch beschtens für di zuekünftige Herusforderige gwappnet. Au mir profitiert momentan vom üsserscht fründliche wirtschaftliche Umfäld. Hinsichtlich dere positive Entwicklig, isch es au richtig gsi, dass sie de Stürfuess uf das Jahr hi um 3 % gsänkt händ.

Ich chume zu de Investitionsrächning uf de Site 12 und fortfolgendi. Nur grad absolut ungnüegendi 38 % oder 7,1 Millione Franke beträged d'Nettoinvestitione im Verwaltigsvermöge. Es isch eus eimal meh, au mit eusene igleitete Massnahme, nöd glunge, d'Investitione uf e einigermasse aständige Zahl z'bringe. Es gaht mir aber drum, usdrücklich z'erkläre, dass es uf kein Fall de Stadtrat isch, wo i de Investitionsrächning igstellti Investitione tuet politisch brämse oder gar verhindere. Vil meh stönd ganz anderi Gründ im Vordergrund, wieso planeti Investitione nöd usgfüehrt werded. So sind i de Abteilig Bou, rund 5,2 Millione, i de Abteilig Gsundheit/Sport 2,9 Millione und bi de Primarschuel rund 2,5 Millione Franke weniger als budgetiert investiert worde. Es git di verschiedenschte Gründ, wieso einzelni Projekt nonig usgfüehrt worde sind. Uf de eine Site sinds sicher nach wie vor vill z'optimistisch beurteilti politischi Entscheidigsprozäss, Rekürs, Terminverschiebige oder Genehmigungsverfahren bi kantonale Stelle und neu gsetzliche Vorschrifte wo teilwis Projektrealisierige verhinderet und uf de andere Site händ aber au sie, budgetierti Investitione (ich danke da as Kunschtrasefäld im Stadion Buechholz samt Sanierig vo de Rundbahn vo rund 2 Millione) nöd frei gäh. Es muess euis mit vereinte Chräft, vor allem au us de Verwaltig, glinge, zuekünftig die Investitione besser z'budgetierte. Mir müend dem Thema euis vollschi Beachtig schänke, dänn di ganz Finanzplanig staht und fällt unter anderem mit gnaue Ussage zu de Investitione. Sie händs au i de Sachkommissione und schlussändlich au da im Rat i de Hand, d'Investitione vermehrt uf ihri Realisierbarkeit z'hinterfröge. Dänn schliesslich genehmiged sie ja jedes Jahr mit em Voraschlag au d'Investitionsrächning für s'kommende Jahr. Was aber schlussändlich s'letscht Jahr usgfüehrt bzw. nöd usgfüehrt worde isch, gsehnt sie uf de Site 12 i nere Tabälle zämmegstellt. Nach wie vor tüsched aber di disjährige, üsserscht tüfe Nettoinvestitione nöd dadrüber hinweg, dass d'Planzahle vo de nächscte Jahr, mit jährlich bi dütlich über 25 Millione Franke, sehr hoch usfalled. Erfreulich isch sälbverständlich, dass alli tätigte Investitione händ chöne dur de Cash Flow finanziert werde. De Sälbschtfinanzierungsgrad isch bi sagehafte 236 %. Also e kei neu Verschuldig sondern e dütliche Reduktion vo de langfristige Schulde hät chöne erreicht werde. Zudem isch euises Eigekapital uf über 114 Millione Franke agstige. S'Nettovermöge pro Iwohnerin und Iwohner hät sich ebefalls vo 2'491 uf neu 2'812 Franke erhöht.

Ich chume zu de Schlussbemerkige und zum Usblick. Wie im Bricht inne usgfüehrt, bildet Jahresrächning 2006 eimal meh e solidi Basis für d'Zuekunft vo de Uschtermer Finanze. D'Verschuldig hät dank em Ertragsüberschuss vo 7,7 Millione Franke klar chöne gsänkt werde und mit de Erhöchig vom

Eigekapital uf über 114 Millioe Franke hät chöne e günschtigi Usgangslag für di kommende Jahr mit dene grosse Investitionsprojekt gschaffed werde. Folgendi Grossprojekt sind i de Investitionsplanig igstellt:

- Das sich bereits in Usfüerig befindendi Schuelhus Oberuschter mit rund 20 Millione;*
- Dä vo ihne verabschideti Atrag vom Stadtrat für d'Erneuerig vo de biologische Reinigungsstufe bi de ARA vo rund 30 Millione;*
- Die in Planig stehendi Sanierig und moderati Erwiterig vo de Heim im Grund mit rund 19 Millione und s'Schuelhus Krämeracker mit rund 22 Millione;*
- Dänn no de Stadthofsaal, wo i de Konzeptphase steckt und einschtwile knapp 20 Millione i de Finazplanig igstellt isch.*

Wie sie also gsehnd, chömed uf d'Stadt Uschter nach wie vor finanziell nöd eifachi Zite entgäe. Uf de Site 17 händ mir ihne zudem ufglischtet, welli Unsicherheits- bzw. Iflussfaktore di zuekünftig finanziell Entwicklig vo de öffentliche Hushält chöntet präge.

Ussage zur Entwicklig vom Rächnigsjahr 2007 sind zum jetzige Zeitpunkt no z'früh und trotzdem wag ich die eini oder anderi Ussag. Zum Stürchraftusgleich! Mir händ bi de Verantwortliche vom Kanton nach de für's Jahr 2007 gültige Date gföget. Die sind aber früheschtens i zwei Wuche verfüegbar. Also chan ich no e kei Prognose über de Stürchraftusgleich mache. Zu de Grundstückgwünnstüre! De budgetierti Wert vo 5 Millione Franke wird nach em hütige Stand um öpe 4 Millione überschritte, da e paar Grossüberbouige chönd abgrächnet werde und au susch us eim grosse Landhandel über 2 Millione Franke Gwünnstüre flüssed. Bi de Stüre vom Rächnigsjahr ligged mer um öppe 650'000 Franke höher als budgetiert; defür liet de aktuell Wert bi de Stüre us Vorjahr um 1,2 Millione under em Wert zum glüche Zeitpunkt vom Vorjahr. Zu de Investitione chan ich nur säge, dass sie bestimmt wieder tüfer als budgetiert werded usfalle. Ich gah aber devo us, dass s'Budget besser usgschöpft wird. Einigi Projekt laufed würllich, insbesonderi s'Schuelhus Oberuschter, wo vill flüssigi Mittel (ca. 8 Millione Franke) werded beaspruche. Bi de übrige Positione sind e kei giganitische Abwichige z'erwarte. Einzig im Gschäftsfäld Soziali Sicherheit chan mit emene Minderufwand vo im Momänt öppe 670'000 Franke grächnet werde. Zämmefassend chan ich ihne säge, dass insbesonderi ufgrund vo de höche Mehrerträg bi de Grundstückgwünnstüre devo usgange cha werde, dass de budgetierti Ufwandüberschuss vo rund 2,5 Millione Franke emene positive Ergebnis wird wiche, obwohl natürlich no grossi Fragezeige müend gmacht werde und sälbverständlich wie immer: Ohni Gwähr!

Trotz em sehr guete Ergebnis vom Brichtsjaar und de mindeschtens positive Ussichte im laufende Jahr isch di finanziell Entwicklig vo de Stadt nach wie vor sehr gnau z'beobachte. De positivi Rächnigsabschluss isch hauptsächlich, und wie vo mir gseit, eimal meh uf einmaligi und nöd konstanti Inahmefaktore zruggzführe. Und ebe die Faktore sind au jewils für die grosse Schwankige im Uschtermer Finanzhulshalt verantwortlich. Unter Berücksichtigung vo dene gseite Faktore sind aber d'Bugets vo de einzelne Abteilige, de Sozialbehörde und de Primarschuelpfläg vorbildlich ighalte worde. Daher gilt's au en spezielle Dank vom Stadtrat a die übrige Behörde und natürlich au as ganze Personal vo de Stadtverwaltig.

De Stadtrat haltet a sim Ziel fescht und strebt au i Zuekunft en Stürfuess i de Nächi vom kantonale Mittel a. E witeri Anächerig vom Stürfuess as kantonale Mittel isch zwar dankbar; de Spielrum wo mir eus bewegt isch aber nach de Stürfuesssänkig uf das Jahr vo 3 % sehr, sehr chli worde. Im Momänt betreit er nur no 1 %.

wo, 04.06.2007

Die Zusammenfassung aus der RPK erfolgt durch deren Präsident **Stefan Lehmann**.

*Gemeinderat Uster vom 4.6.2007
Jahresrechnung 2006
Bericht RPK/Lehmann Stefan*

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Damen und Herren*

Die RPK hat vor zwei Wochen an ihrer Doppelsitzung über die letztjährige Jahresrechnung der Stadt Uster befunden. Dies nachdem alle Kommissionsmitglieder in den ihnen zugeteilten Geschäftsfeldern intensive Prüfungs-Arbeiten umgesetzt haben. Ich bedanke mich als Kommissionsvorsteher an dieser Stelle für die ganze RPK bei der zuständigen Verwaltung für die Zusammenarbeit und die Beantwortung unserer Fragen.

Primäre Aufgabe war die technische Prüfung mit Belegkontrollen. In Zeiten von NPM hat uns nur noch der Globalkredit grundsätzlich zu interessieren. Trotzdem erhalten wir jeweils weitere interessante Informationen beim Durcharbeiten der Journale bezüglich Budgetkonformität in den einzelnen Konten und Budgetvorgaben.

Die Finanzabteilung wird professionell geführt und situationsgerechte Führungsinstrumente stehen zur Verfügung. Der veröffentlichte Bericht zur Jahresrechnung 2006 ermöglicht einen detaillierten Einblick in die verfeinerten und ausgewerteten Zahlen.

Die Herren Wolfensberger und Kuoni haben uns am 21.5.07 – wie jetzt - nochmals erläutert, weshalb die bedeutenden Abweichungen in positivem Sinne zustande kamen und weshalb die Umsetzung der vorgesehenen Investitionen so schwierig ist:

- optimale Beurteilung der politischen Prozesse bei der Planung*
- das Genehmigungsverfahren bei den Baubehörden*
- evtl. Zustimmung von Subventionsbehörden beim Kanton*
- Weisung an Gemeinderat – Volksabstimmung*

Zum laufenden Jahr 2007 konnten noch keine Details geliefert werden, da die Steuerrechnungsläufe erst Ende Mai die Tendenzen anzeigen. Hingegen wird gemäss Aussage des Stadtrates die 3-%ige Senkung keine Probleme hervorrufen.

Weitere Fragen und Mängel wurden zusammengefasst wie folgt beantwortet:

- Bei der durch den Kanton vorgeschriebenen Neubewertung der Liegenschaften, welche einen erfolgsneutralen Buchgewinn von Fr. 1,2 Mio. ergaben, sind auch Rückstellungen für bekannte Altlasten-Sanierungen berücksichtigt worden. Details sind auf Seite 14 des Zusammenfassungsberichtes nachzulesen*
- Als Basis für die Folges des Neuen Finanzausgleiches NFA ab 2009 werden alle Gemeinderrechnungen 2006 des Kantons herbeigezogen, wie uns Herr Kuoni mitteilte.*

- *Anhand von Eigentumsübertragungen im Jahre 2007 kann von einer höheren Ertragssituation bei der GGST als budgetiert ausgegangen werden.*
- *Aufgrund der Umstellung in die Kosten-Leistungsrechnung ab 2007 kontrolliert die Finanzabteilung sämtliche Kontierungen, welche ihr auf den Belegen der Abteilungen eingereicht werden*

Im weiteren informierten die RPK-Mitglieder über die Prüfungen in den Geschäftsfeldern, wobei die wichtigsten Fakten und Erkenntnisse wie folgt zusammengefasst werden können:

1. *Es wurde im GF „Steuerung und Führung“ der Abschluss eines Leasingvertrages für einen Kopierer festgestellt, obwohl in der Stadt Uster grundsätzlich keine solchen Verpflichtungen eingegangen werden dürften. -> Dies wird anlässlich der Kaderkonferenz nochmals deutlich dargelegt.*

2. *Betreffend Kompetenzordnung im GF „Finanzen“ wurde festgestellt, dass die Stadtradt Kompetenzen ausserhalb des Budgets in der Revision der GO vergessen gegangen worden sind:*

Einzelne SR-Mitglieder haben die Ermächtigung Fr. 25'000.-- für einmalige Ausgaben ausserhalb des Budgets zu bewilligen, max. Fr. 75'000.-- pro Jahr.

3. *Für die Umsetzung des Kosten-Leistungskonzeptes wurden 80 Projekte innerhalb der Stadtverwaltung initiiert.*

Die RPK wird an einer nächsten Sitzung diesen Sommer vom Abteilungsleiter Finanzen auf die KLR eingestimmt.

4. *Das Geschäftsfeld „Infrastrukturbau und Unterhalt“ beinhaltet bekanntlich eine stattliche Anzahl von Bau- und Sanierungsprojekten im Strassenwesen. Da sich die zeitlich korrekte Umsetzung der Vorhaben schwierig gestaltet, regte die Abteilung an, dass die kleineren Projekte mit einem pauschal bewilligten Investitionspool abgewickelt werden könnten, um terminliche Unzulänglichkeiten operativ abfedern zu können. Sowohl die entsprechenden Abrechnungen als auch die Kompetenzordnung erhalten keine Änderungen.*

-> Die RPK begrüsst im Grundsatz mehrheitlich eine solche Lösung.

5. *Das GF „Betreutes Wohnen“ musste tiefere Beiträge an den Zweckverband des Spitals Uster überweisen, als noch in der Budgetphase eingesetzt waren.*

Zum Abschluss zur Investitionsrechnung:

Eigentlich gibt's gar nicht viel zu sagen, weil tatsächlich sehr wenig Mittel ausgegeben wurden. Seit 2002 betragen die Nettoinvestitionen immer weniger, letzte Jahr noch Fr. 7,1 Mio. Es fehlten richtige Grossprojekte, die nun alle erst in den nächsten Jahren anfallen werden:

- Schulhaus Oberuster Fr. 20 Mio.

- Ausbau ARA Fr. 30 Mio.

- Sanierung im Grund Fr. 19 Mio.

- Schulhaus Krämeracker Fr. 22 Mio. Mittelfristig

- Stadthof Fr. 20 Mio. Mittel- bis langfristig

Mit den nun laufenden Projekten sollte die Verschuldung der Stadt ersten Tendenzen zu Folge nicht weiter ansteigen. Es kann alles aus den laufend erarbeiteten und den verfügbaren Mitteln beglichen werden, dies bis ca. Ende 2008, wurde uns seitens der Finanzabteilung mitgeteilt.

Die RPK empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Jahresrechnung mit den Sonderrechnungen und die Investitionsrechnung mit dem Geschäftsbericht 2006 abzunehmen.

Besten Dank

28.5.07/le

4.1 Es folgt die Eintretensdebatte.

Reto Dettli spricht für die SP-Fraktion:

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Der Stadtrat kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. In den einzelnen Geschäftsfeldern wird gut gearbeitet, die Leistungsaufträge der einzelnen Geschäftsfelder werden erfüllt oder man ist auf gutem Weg, diese zu erfüllen. Die Rechnung hat gut abgeschlossen. Skandale sind ausgeblieben. Das neue Instrumentarium NPM bewährt sich im Wesentlichen. Die Stadt ist auf Kurs.

Die Würdigung des Geschäftsberichts und der Rechnung durch die Sozialdemokratische Fraktion umfasst drei Teile:

- *Erstens: der soeben erwähnte grundsätzlich positive Leistungsausweis des Stadtrates und der Verwaltung beim Erfüllen der Leistungsaufträge in den einzelnen Geschäftsfeldern.*
- *Zweitens: Bemerkungen der SP zu einzelnen Geschäftsfeldern, welche besonders positiv oder eben weniger positiv aufgefallen sind.*
- *Und Drittens: die fehlende Messlatte für eine generelle politische Würdigung der Arbeit des Stadtrates oder vereinfacht gefragt: Auf welchem Kurs ist denn die Stadt?*

Zu den Bemerkungen der SP zu einzelnen Geschäftsfeldern. Ich möchte dazu nur ganz wenige Punkte erwähnen:

- *Bei der Wirtschaftsförderung dürfte hoffentlich die Zeit des Erbsenzählens vorbei sein. Die aufgeführten Kennzahlen kann man auch streichen, wenn bei jeder Zahl „die Kennzahlen können nicht erfasst werden“ steht.*
- *Im Geschäftsfeld Kultur ist ersichtlich, dass viel läuft. Die SP freut es, dass der Stadtpräsident die Kultur als wichtigen Aspekt eines attraktiven Standortes auffasst.*
- *Die Primarschule umfasst einen Drittel der gesamten Aufwendungen der Stadt, was den Stellenwert der Bildung verdeutlicht. Die SP ist froh, dass die jahrelangen Anstrengungen unserer SchulpflegerInnen für eine aufgeschlossene Schule mit Tagesstrukturen Früchte tragen und die dafür nötigen Kredite vom Volk hoffentlich bald beschlossen werden.*
- *Auch der Bereich der sozialen Sicherheit funktioniert gut. Alle Kennzahlenvergleiche mit anderen Städten belegen, dass Uster professionell arbeitet und überdurchschnittlich gut abschneidet und erst noch die Kosten im Griff hat. Uster verfügt über tiefe Fallkosten. Erfreulich ist auch die neue Zusammenarbeit zwischen Spitex und Frauenverein.*
- *Bezüglich der Rechnung haben wir uns bereits mit einer Medienmitteilung geäußert. Hier deshalb nur den wichtigsten Aspekt. Der Überschuss in der Rechnung ist grundsätzlich erfreulich. Er ist aber nicht nur ein Produkt der Budgetdisziplin und unerwarteter Mehreinnahmen bei den Steuern, wie uns das der Stadtrat glauben machen will. Er ist mindestens im gleichen Masse auf einem übertriebenen und unnötigen Verschern des Grundeigentums im Finanzvermögen zurückzuführen. Dieser Ausverkauf ist unsinnig und zu stoppen!*

Wenn ich jetzt den Jahresbericht und die Rechnung gesamthaft zu würdigen versuche, stellen sich mir einige Fragen, womit ich zum dritten Punkt meiner Ausführungen gelange. Woran soll ich aus übergeordneter Sicht die Arbeit des Stadtrates messen? Wenn ich das Legislaturprogramm der SP zur Hand nehme, dann fällt die Bilanz des Stadtrates relativ dürftig aus. Das Programm der SP widerspiegelt vielleicht auch nicht den vollständigen Parteiproporz des Stadtrates und ist möglicherweise eine nur teilweise geeignete Messlatte.

Welche Vision verfolgt denn der immerhin seit mehr als einem Jahr amtierende Stadtrat? Was hat er vor in den nächsten vier Jahren? Ich sehe einen Stadtpräsidenten der sich einsetzt, weibelt und in vielen Themen vorausseilt. Ich weiss aber nicht, was der Stadtrat als Ganzes anstrebt. Ich kann die Leistung des Stadtrates nicht an einer Vision messen, es gibt nicht einmal ein Legislaturprogramm oder Legislaturziele.

Auf der Website der Stadt Uster lese ich bezüglich Strategie der Stadt zwei interessante Sätze zu attraktivem Wohnstandort und Standort mit Entwicklungspotenzial für Unternehmen, die sie beide sicher kennen. Wie er aber konkret diese Strategie umzusetzen gedenkt, ist völlig unbekannt. Es ist also höchste Zeit, dass der Stadtrat aktiv kommuniziert, wo er in den nächsten vier Jahren, Entschuldigung, es sind ja nur noch drei, hin will. Daran wird sich der Stadtrat im nächsten Jahresbericht messen lassen müssen. Mit dem NPM-Instrumentarium und dem vorliegenden

Geschäftsbericht laufen wir – und der Stadtrat - Gefahr, den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen.

Ich fordere den Stadtrat auf, endlich Visionen zu entwickeln, Massnahmen abzuleiten und aktiv zu kommunizieren. Dann gibt es vielleicht im nächsten Jahresbericht ein Kapitel zur Zielerreichung der wichtigsten politischen Ziele - und wir können die Arbeit des Stadtrates umfassender würdigen.

Reto Dettli

Walter Meier ergreift namens der EVP-/GLP-Fraktion das Wort:

Jahresrechnung 2006 der Stadt Uster

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen

Wir wissen es: die Jahresrechnung der Stadt Uster schliesst mit einem Überschuss von rund 7,7 Mio. Franken; gegenüber dem Budget ist diese ein Plus von 9 Mio. Bezieht man die Zahlen der Oberstufenschule mit ein, ergibt sich sogar ein Überschuss von über 8 Mio. und eine Differenz zwischen Budget und Rechnung von über 10 Mio. Trotzdem: ohne den Steuerkraft-Ausgleich von etwas mehr als 12 Mio. hätten wir einen Verlust verbuchen müssen. Aus diesem Grund: ein herzliches Dankeschön an den Kanton und all die Gemeinden, die uns diese Einnahmen ermöglicht haben.

Die Investitionen haben einen Rekord erreicht: leider nicht im positiven Sinn. Nur 38 % der geplanten Investitionen wurden auch ausgeführt. Die Retourkutsche dieses Investitionsstaus werden wir vermutlich bereits bei der Jahresrechnung 2007 zu spüren bekommen.

Einmal mehr könnte moniert werden, dass der Personalaufwand mit 65,4 Mio. stärker angestiegen ist als geplant; im Budget waren nämlich 64,3 Mio. eingestellt; die Vorjahresrechnung schloss mit 63,2 Mio. ab. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass die grösste Abweichung bei den Löhnen der Lehrkräfte liegt; diese sind nämlich rund 5 % höher als das Budget – ein Posten also, der sich dem Einfluss der Stadt entzieht. Die Behörden und Kommission haben sogar fast Fr. 100'000.— weniger gekostet als budgetiert.

Der Entscheid, den Steuerfuss für 2007 um 3 % zu senken, lässt sich angesichts der guten Zahlen rechtfertigen. Ob das längerfristig auch eine gute Investition war, werden wir in den nächsten Jahren sehen.

Walter Meier, Gemeinderat

Rolf Denzler nimmt im Namen der SVP-/EDU-Fraktion Stellung:

*Weisung Nr. 72: Jahresrechnung 2006 und Bericht zur Jahresrechnung
Weisung Nr. 76: Geschäftsberichte 2006 (NPM-Jahresberichte)*

Erlauben Sie mir, namens der SVP/EDU-Fraktion auf einige Punkte der heute abzunehmenden Rechnung einzugehen:

Der Stadtrat präsentiert uns einen erfreulichen Jahresabschluss 2006 der Stadt Uster. Der Stadtrat und vor allem sein Finanzvorstand freuen sich nebst dem Gemeinderat über den erneut grossen

Ertragsüberschuss von Fr. 7,7 Mio. - dies nach einem bereits im 2005 zahlenmässig erfreulichen Ergebnis. Die massiven Mehreinnahmen gegenüber dem Budget 2006 sind u.a. durch höhere Steuereinnahmen massgeblich mitgeprägt worden. Mit diesen ausgezeichneten Zahlen wurde das eher pessimistische Budget 2006 weit, d.h. um Fr. 9,0 Mio. übertroffen. Rechnet man noch die getätigten Abschreibungen aus dem letzten Jahr dazu, so ist ein effektiver freier Cashflow von rund Fr. 15,0 Mio. erwirtschaftet worden. Der vorliegende Abschluss und die gute Bilanzstruktur bestätigen somit klar die Richtigkeit der auf das Jahr 2007 getätigten Reduktion des Steuerfusses um 3 %. Wir können uns sogar fragen, wieso senkten wir den Steuersatz auf anfangs 2007 nur um 3 %?

Die bewilligten Globalkredite wurden mit einer Ausnahme eingehalten bzw. sogar teilweise unterschritten. Auf den ersten Blick sehr erfreulich. Eine Erfolgsgeschichte, wenn man das Ergebnis lediglich mit dem Budget vergleicht. Der Stadtverwaltung und dem Gros ihrer Angestellten sei für ihre Bemühungen zur disziplinierten Verwendung der Globalkredite gedankt.

Getrübt wird das gute Ergebnis durch die wiederum geringen Investitionen. Das Investitionsbudget (Fr. 18,6 Mio.) wurde lediglich mit Fr. 7,1 Mio. in Anspruch genommen. Die Stadt Uster muss nun ihre Ueberschüsse auf die hohe Kante legen als Reserve für spätere Investitionen und Anschaffungen. Besorgt ist die SVP/EDU-Fraktion über die Steigerung der Personalkosten von 2005 auf 2006 von Fr. 2,2 Mio. – dies bei ordentlichen Steuereinnahmen von Fr. 58,0 Mio. (Steigerung Fr. 2,5 Mio.). Die höheren Steuererträge wurden voll durch die Personalkosten beansprucht. Eine Tendenz die uns bei der SVP/EDU-Fraktion beunruhigt.

Interessant ist der Vergleich der Jahresrechnung 2006 mit der Hochrechnung 2006, welche anfangs Oktober letzten Jahres (2006) mit dem Budget 2007 veröffentlicht worden ist. Hier lässt sich erkennen, dass die Personalkosten aus der Hochrechnung 2006 von Fr. 64,2 Mio. noch per Ende 2006 auf Fr. 65,4 Mio. angestiegen sind (Fr. 1,2 Mio.). Innert den 3 letzten Monaten vor Abschluss ist somit eine merkliche und erstaunliche Veränderung erfolgt.

Uster hat einen teuren, eventuell einen zu teuren Verwaltungsapparat. Wir haben eine Aufwandentwicklung, welche mittlerweile im Budget 2007 über Fr. 190,0 Mio. erreicht hat. Die Stadt Uster kann gute Gesamtergebnisse nicht pachten. Wir müssen die Aufwandsteigerungen endlich in den Griff bekommen. NPM wirkt heute deutlich noch zu wenig.

Wie bereits gesagt ist die SVP/EDU-Fraktion über die tiefe Investitionsquote respektive über das Missverhältnis zwischen Planung und Resultat in keiner Weise erfreut. Es werden von der Finanzabteilung Mittel für geplante Investitionen bereitgestellt, welche schliesslich nicht beansprucht werden. Die Stadt hat als Folge eine hohe Liquidität. Logisch und für Betriebswirtschaftsexperten ein erklärtes Ziel wäre, mit dem erwirtschafteten Geld einen Sparprozess zu betreiben. Mit dem Geld müssten Schulden abgebaut werden. Die Stadt Uster muss es schlechtverzinslich anlegen. Da liegt ein Missstand in der Jahresrechnung 2006. In der Bestandesrechnung ist ersichtlich, dass Uster mittlerweile gut Fr. 93,0 Mio. an flüssigen Mitteln und Guthaben aufweist, was nichts anderes bedeutet, dass Millionenweise Geld angelegt ist, ohne dass hier Verwendung gefunden werden konnte. Wir wollen bewusst keine Finanzvorräte anlegen (dies noch ohne genügenden Ertrag) für

künftige Investitionen. Einerseits hat die verfehlte Investitionspolitik der einzelnen Abteilungen dazu beigetragen, dass die Mittel nicht verwendet werden konnten. Andererseits hat die Finanzabteilung aufgrund der ihr eingereichten Investitionsbudgets Mittel, sprich Darlehen bei Banken und anderen Geldgebern aufgenommen, die sie nun aufgrund der mittel- bis langfristigen Bindung nicht zurückzahlen kann. Hunderttausende von Franken gehen so jährlich nur aufgrund der Zinsdifferenzen verloren. Nur ein Beispiel dazu: Die Stadt Uster muss für die Verzinsung der Sparkonten des Stadtpersonals mehr aufwenden, als dass sie aus den Erträgen der Festgeldanlagen erhält. Dies ist keine Kritik an der Finanzabteilung, welche aufgrund der Vorgaben gute Arbeit (gutes Geldmanagement betreibt) leistet, sondern Kritik an der zu ungenauen Planung der einzelnen Abteilungen.

Wir verlangen vom Stadtrat und von der Verwaltung, dass Investitionen erst dann in die Investitionsrechnung aufgenommen werden, wenn die Projekte auch wirklich realisiert und umgesetzt werden können. Wir fordern den Stadtrat auf, hier den Finger darauf zu setzen und dem Gemeinderat diesbezüglich konkrete Massnahmen und Vorschläge zu unterbreiten, welche Einlass in das kommende Budget finden werden. Es geht darum, die Finanzabteilung bei der Finanzplanung zu helfen, zu unterstützen. Wir erwarten, dass dem Gemeinderat mit dem Budget 2008 ein Fälligkeitsprofil der Anlagen und Schulden im Rahmen eines Cashpoolings abgegeben wird.

Bei diesem vollen Stadt-Kassenschrank passt das finanzpolitische Ziel der Veräusserung von nicht strategischen Liegenschaften zur Generierung liquider Mittel von durchschnittlich Fr. 4,0 Mio. jährlich nicht recht in die aktuelle Finanzlandschaft der Stadt Uster.

Uster hat vom hohen Wirtschaftswachstum profitiert. Die Steuerfussreduktion ist auch eine Wirkung davon. Trotz der Freude über das sehr positive Rechnungsergebnis ist weiterhin ein wachsames Auge auf den Ustermer Finanzhaushalt zu richten. Fallen die nicht direkt beeinflussbaren Erfolgs- und Ertragsfaktoren schlechter aus oder gänzlich weg, fehlen solch fette Ertragsüberschüsse. Neue Begehrlichkeiten aufgrund des vorliegenden Erfolgsresultates zu fordern und zu legitimieren sind daher falsch. Auch wird sich die SVP/EDU-Fraktion vehement gegen Erhöhung der Steuern zur Finanzierung von nicht zwingend nötigen Lasten und wünschenswerter Lebensstile, welche den städtischen Aufwand weiter aufblasen, wehren. Beim städtischen Haushalt verfügen wir um das Geld und das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Aufgrund der bekannten Gründe/Umstände für das gute finanzielle Ergebnis des letzten Jahres müssen wir weiterhin mit den Geldern sorgfältig umgehen.

Wäre die Stadt Uster eine Unternehmung dann würde den Eigentümern aufgrund der Abschlüsse der letzten Jahre eine Dividende ausbezahlt werden. Angesichts der vorliegenden Ausgangslage per Ende 2006 wird die SVP/EDU-Fraktion das laufende Jahr 2007 genauer ins Visier nehmen und im Budgetprozess 2008 eine weitere Steuersenkung oder eine bessere Verwendung der Geldüberschüsse deutlich ins Auge fassen. Bezüglich des Steuerfusses stimmt die SVP/EDU-Fraktion in grundsätzlicher Hinsicht mit dem Ziel des Stadtrates überein, einen Steuerfuss in der Nähe des kantonalen Mittels anzustreben.

Gesamthaft freut sich die SVP/EDU-Fraktion aber trotzdem über das positive Rechnungsergebnis 2006.

Die SVP/EDU-Fraktion wird der Jahresrechnung 2006 und dem Geschäftsbericht 2006 zustimmen und lediglich noch punktuell bei der anschliessenden Detailberatung auf einige Punkte eingehen.

Wir danken den Angestellten/Innen der Stadtverwaltung für ihre geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Stefan Lehman spricht im Namen der FDP-/CVP-Fraktion.

Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren

Wir Freisinnigen haben uns bereits im März in der Presse zum günstig präsentierten Abschluss 2006 geäußert. Weil wir bereits in den vorangegangenen Budgetrunden auf die vorsichtige und konservative Einschätzung in den Steuergelderträgen aufgrund der damals günstigen Wirtschaftsentwicklungsfaktoren hinweisen, überraschte uns dies nicht. Dass wir die 3-%ige Steuerfussenkung entgegen der linken Ratsseite verantworten können, hat inzwischen auch der Stadtrat gemerkt.

Die linken und grünen Argumente über die „leeren Kassen“ und Plünderungen des Gemeindeetats stehen einmal mehr sehr quer in der realpolitischen Landschaft.

Die Finanzpolitik des Stadtrates erfolgt unverändert in übervorsichtigen Bahnen und stets konservativen Annahmen. Die geplanten Investitionen wurden nicht einmal zur Hälfte getätigt und hauptsächlich aufgeschoben. Unser Finanzhaushalt ist für die Grossinvestitionen in die Infrastrukturen der Bildung der ARA und diejenige des Heims im Grund mit einer umfassenden Sanierung und Ausbauten bestens gewappnet. Die FDP/CVP-Fraktion erwartet vom Stadtrat, dass dem Gemeinderat bei der Investitionsplanung für 2008 die kurzfristigen Anpassungen vor der Budgetdebatte kommuniziert werden.

Die Jahresrechnung 2006 der Stadt Uster bestätigt einmal mehr, dass nur eine gesunde Wirtschaftsentwicklung mit entsprechender Steuerkraft für die Einwohnerinnen und Einwohner die gemeinschaftlichen Kosten einer Bevölkerung tragen können. Wir halten an dieser Stelle nochmals ausdrücklich fest, dass

-> nicht Einsparungen in der Verwaltung, sondern Mehrertrag auf Steuerseite zum erfreulichen Abschluss geführt haben

-> Die Gesamtkosten der Stadt Uster sind pro Einwohner höher als im Vorjahr

Meine Fraktion wird der Jahresrechnung 2006 wie sie vorliegt, zustimmen.

Dennoch möchte ich an dieser Stelle eine persönliche Fussnote erwähnen und zwar an die führungsverantwortlichen Gemeinderats- und Stadtpräsident und die Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten..

Ich bin wie alle anderen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Milizpolitiker und nicht bereit, die jetzt „en masse“ eingereichten Geschäfte aufgrund zeitlichem Druck im Schnellzugstempo als Durchlauferhitzer einfach durchzuwinken. Ich erwarte Verständnis vom Stadtrat und der Verwaltung und ermuntere die Präsidien, ihre Führungsfunktionen wahrzunehmen und sich für eine seriöse Geschäftsprüfung in zeitlich sinnvoller Reihenfolge einzusetzen.

Besten Dank.

Stefan Lehmann

Christian Wüthrich weist darauf hin, dass es einmal mehr um eine Steuerfussdebatte geht. Darüber hinaus spricht er die Sparpolitik an und führt als Beispiel das Heim Im Grund an, wo die Sanierung vor der Tür steht und kein Geld für durchgehend 1-Bett-Zimmer für mehr Lebensqualität der Betroffenen zur Verfügung steht.

Rolf Graf reagiert auf das Votum von Stadtrat Heinz Wolfensberger betreffend Steuerfuss-Senkung: Wenn Stadtrat Heinz Wolfensberger aufgrund der Rechnung 2006 die Steuerfuss-Senkung als richtig erachtet, verwechselt er dies mit einer Dividende. Eine solche Argumentation versteht er nicht. Eine Steuerfuss-Senkung hat eine langfristige strukturelle Änderung zur Folge und hat nichts mit einer Dividende aufgrund eines guten Ergebnisses zu tun.

Stadtrat **Heinz Wolfensberger** empfindet das Votum von Rolf Graf als persönlicher Angriff.

Stadtpräsident **Martin Bornhauser** nimmt zum Referat von Reto Dettli Stellung. Der Stadtrat hat durchaus ein Leitbild und strategische Zielsetzungen. Der Massnahme-Katalog (Zeughaus, Zellweger Areal, Stadthofsaal, usw.) wird voraussichtlich noch vor den Sommerferien vorgestellt. Er weist darauf hin, dass der Stadtrat zum Führen aber auch handlungsfähig in finanzieller Hinsicht sein muss. Zum Votum von Rolf Denzler führt er aus, dass bezüglich Personalkosten 11 Stellen im Stundenlohn angestellt waren und diese jetzt in einen Monatslohn umgeformt wurden. Weiter sind nur mal 18 Stellen mehr geschaffen worden, wovon eben die 11 Stellen mit drin sind. Effektiv wurden 5 neue Stellen geschaffen. Das Wachstum der Stadt zieht auch mehr Stellen in der Verwaltung nach sich. Ein Vergleich der Verwaltung mit einem privaten Unternehmen ist nicht statthaft.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

4.2 GF Primarschule

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Regula Trüeb**.

KBK-Referat zum Geschäftsbericht 2006 der PSU

Am 24. April hat sich eine 4-köpfige KBK-Delegation mit den Verantwortlichen der Primarschulpflege zu einem Vorgespräch getroffen. Alle Fragen wurden uns kompetent beantwortet.

Allgemein:

Der Geschäftsbericht ist informativ und gut gegliedert, mit aussagekräftigen Indikatoren und vielen Kennzahlen versehen.

Im letzten Jahr war die Primarschule Uster wiederum stark mit der Umsetzung von verschiedenen Reformprojekten beschäftigt, z.B. mit der Einführung der geleiteten Schulen in allen Schuleinheiten, dem Start eines Grundstufenversuchs, der Neugestaltung der Oberstufe an der Heilpädagogischen Schule, der neuen Organisationsstruktur der PSU mit Schuleinheitspflegerinnen und -pfleger, der Umsetzung des neuen Volksschulgesetz, z.B. mit Vorbereitung der Tagesstrukturen, Einführung der Kosten-/Leistungsrechnung.

Andere Projekte wurden u.a. wegen dieses Reformstaus verzögert oder konnten noch nicht in Angriff genommen werden, wie z.B. Schulschwimmen, Schulsozialarbeit oder Neueregulierung der Sonderpädagogik.

Die Zusammenarbeit der PSU mit der Oberstufe Uster wurde letztes Jahr intensiviert und funktioniert auf Ebene Schulpflegepräsidium, Schulpflegen, Schulleitungen und Verwaltung gut.

Der Schulbetrieb verläuft ruhig und Fälle wie im Schulkreis Uto seien laut PSU in Uster nicht denkbar: Die Schulleitungen in Uster haben mehr Kompetenzen, sie können schneller reagieren, überforderten Lehrpersonen Hilfe anbieten und gegen Störenfriede einschreiten.

Die Situation mit der Musikschule Uster-Greifensee hat sich beruhigt und anfangs 2007 wurde der Jahreskontrakt fürs neue Schuljahr von allen Vertragspartnern unterzeichnet.

Der Globalkredit ist 2006 um ca. 500'000 Fr. unterschritten worden.

Gründe dafür sind Einsparungen von ca. 1 Mio. Franken beim Regelunterricht, den Schulbehörden und den geleiteten Schulen (nur für 1/2 Jahr Kosten für SL). Andererseits entstanden 0,5 Mio. Fr. Mehrkosten bei den Betreuungsangeboten und den Liegenschaften.

Der Globalkredit des Geschäftsfeldes Primarschule beträgt insgesamt 27 Mio. Fr. Das sind 35,6% bzw. über 1/3 der gesamten Globalkredite der politischen Gemeinde Uster.

Antworten auf einzelne Fragen aus der KBK zum Geschäftsbericht 2006:

S. 121: Elternmitwirkung: Es gibt zwei Formen von Elternmitwirkung: Neu müssen zwingend alle Eltern in allen Schuleinheiten in Uster über den Übertritt und die Promotion ihres Kindes informiert werden, was bisher in Uster auch schon freiwillig so praktiziert wurde. Die freiwillige Elternmitwirkung in Form von Elternräten ist noch nicht in allen Schuleinheiten eingeführt, wird aber in den nächsten Jahren folgen.

S. 122: Liegenschaften: Die Mehrkosten von Fr. 354'000 Fr. bei Liegenschaften und Aussenanlagen sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, wie höhere Reinigungskosten, 30% höhere Energiekosten wegen des Ölpreises, den Einbau von Grundstufe und Logopädie.

Der Indikator Anteil Unterhaltsarbeiten im Verhältnis zum Gebäudeversicherungswert ist mit 0,7% angegeben und laut PSU realistisch. Die Strategie der Primarschulpflege ist, den Gebäudewert zu erhalten.

Für den Unterhalt der Schulliegenschaften der Primarschule zahlt das GF Primarschule dem GF Liegenschaften pauschal Fr. 170'000 Fr./Jahr. Bei Neubauten wird nach Aufwand verrechnet. Die Abteilung Liegenschaft hat 2006 Leistungen für Fr. 275'000 Fr. für die Primarschule erbracht.

S. 123 Investitionsplanung: Unterschiedliche Gründe haben dazu geführt, dass rund 2 Mio. Fr. weniger als die budgetierten Investitionen realisiert werden konnten. Beim Neubau Oberuster hat sich z.B. die Baubewilligung um 1/2 Jahr verzögert.

Der Elementbau des Schulhauses Oberuster wurde nicht nach Nänikon verlegt, sondern ins Bildungszentrum (vgl. Antrag). Das Projekt (Machbarkeitsstudie) Elementbau Schulhaus Nänikon ist abgeschlossen und mit rund 24'000 Fr. abgerechnet. Für die Lösung der bevorstehenden Raumprobleme (Gruppenräume und Tagesstrukturen) in Nänikon ist die Primarschule in Verhandlung mit der Oberstufe Nänikon-Greifensee.

S. 125 Klassengrössen Die dritte und letzte Etappe des kantonalen Sanierungsprogramms hatte nochmals Auswirkungen auf die Klassengrössen.

Für Uster mit einem Sozialindex von 1,13 bedeutet das, dass der Primarschule Uster für jeweils 22,1 Schüler/innen und für jeweils 18,6 Kindergartenkinder eine Klasse bzw. eine Kindergartenabteilung bewilligt wird, eine sogenannte Vollzeitinheit. Ab Klassen mit 25 Kindern gibt es Entlastungsstunden. Die maximale Klassengrösse in Uster lag im 2006 bei 27 Kindern.

Tipffehler bei den Kennzahl: „ohne Sonderklassen“, nicht Regelklassen

S. 126 Anzahl freiwillige Kurse und Zusatzangebote: Die Zahl von 19 Kursen aus dem Jahr 2005 ist falsch. Es handelt sich bei diesen Kursen um Blockflöte und fakultativen Englisch. Diese werden durch die Einführung von Frühenglisch laufend zurückgehen.

S. 127 Aufgabenstunden: Die Anzahl Kinder, die Aufgabenstunden besuchen, hat stark zugenommen, da die Eltern besser informiert und durch die Lehrpersonen

aufgefordert wurden. Die Aufgabenstunden ist und bleibt auch mit den Tagesstrukturen kostenlos. Die Abstimmung mit den Tagesstrukturen ist noch unklar.

*S. 131 HPSU Indikator: Vollkosten je Schuljahr
Druckfehler im 2005 richtige Zahl: 61'317 Fr; die Zahl im 2006 stimmt.
Der Anteil der Stadt an der HPSU ist nicht ersichtlich. Er beträgt netto ca. 650'000 Fr./Jahr.*

Die KBK hat dem Geschäftsbericht der Primarschule Uster mit 9:0 Stimmen zugestimmt.

Nänikon, 4. Juni 2007

Regula Trüb

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Primarschule wird gutgeheissen.

4.3 GF Steuerung und Führung

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Beat Roos**.

Die Zusammenkunft unserer KÖS-Subkommission mit dem Stadtpräsidenten und dem Stadtschreiber, zwecks Besprechung und Prüfung der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2006 hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. *Jahresrechnung 2006*

LG Öffentlichkeitsarbeit

Die amtlichen Publikationen unterstehen der Submissions-Verordnung. Ein Gratis-Angebot von Seiten des Tages-Anzeigers ist vom Stadtrat abgelehnt worden. Nach wie vor ist der AvU das offizielle Organ der Stadt Uster für die amtlichen Publikationen. Wie sich die Konkurrenzsituation entwickeln wird ist abzuwarten.

Die Leistungsgruppe Oeffentlichkeitsarbeit schliesst mit Mehraufwendungen in der Höhe von Fr. 34'000.-- ab. Die Stadt Uster beteiligte sich mit einem grossen Stand an der Uster-Messe 06. Am Stand wurde die strategische Ausrichtung des Stadtrates in den kommenden Jahren kommuniziert. Der Stadtrat bewilligte in seiner Kompetenz einen Zusatzkredit von Fr. 37'000.--. Der Auftritt durfte als sehr erfolgreich eingestuft werden.

Die Einheit im „Anzahl Besuche Internetauftritt“ wird auf **Durchschnitt im Monat** geändert.

LG HRM/Personaldienst

Im Projekt „generelle Lohnüberprüfung“ wurde von 10 Fällen einer erledigt. Auf die restlichen 9 wartet der Stadtrat noch auf den Bescheid des Bezirksrates.

Die Überprüfung in der Primarschule ist noch in vollem Gange. Als letzte wird das Personal der Heime an die Reihe kommen.

Die Rubrik „Bestandene Lehrabschlussprüfungen“ wird aus den Kennzahlen gestrichen, da sie bereits unter den Indikatoren aufgeführt ist.

LG Stadtkanzlei (Gesamtverwaltung)

Die Software AXIOMA ist ein Geschäftsverwaltungs-System. Der Stadtrat hat in seiner Kompetenz für die flächendeckende Umsetzung Fr. 50'000.— gesprochen, was auch der Aufwendung von Fr. 49'030.- entspricht. Das AXIOMA-System bewährt sich in der Stadtverwaltung.

Allgemeines

Bei der Durchsicht der Geschäftsberichte (NPM) 2006 hat man festgestellt, dass die Budgetzahlen teilweise nicht 1 : 1 mit der Jahresrechnung 2006 übereinstimmen. Bei einer Abweichung sollte dies unbedingt begründet werden.

Wir danken den Führungskräften der Steuerung und Führung für das aufschlussreiche Gespräch und die kompetenten Auskünfte.

Die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) hat die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2006 der Gesamtverwaltung (Steuerung und Führung) sowie der Abteilung Präsidiales einstimmig mit 7 : 0 Stimmen angenommen. Es wird dem Gemeinderat ebenfalls empfohlen, die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2006 zu genehmigen.

Uster, 14.5.07 Beat Roos, Brunnenstr. 39, 8610 Uster

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Steuerung und Führung wird genehmigt.

4.4 GF Bürger- und Parlamentsdienste

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Thomas Wüthrich**.

Bericht der KÖS – GF Bürger- und Parlamentsdienste – Jahresrechnung 2006

Aufgrund eines Gesprächs mit dem Stadtpräsidenten und dem Abteilungsleiter Präsidiales, Jörg Schweizer, zum GF Bürger- und Parlamentsdienste macht die KÖS zur Jahresrechnung 2006 folgende Anmerkungen:

Allgemeines: Grundsätzlich regt die KÖS an, im NPM Jahresbericht neben der IST-Spalte des Vorjahres auch die Sollspalte des Vorjahres darzustellen. Ebenso müssen Verwaltung und Exekutive noch mehr darauf achten, dass die Erläuterungen in der Jahresrechnung zu jenen aus dem Voranschlag mehr oder weniger kohärent sind. Schliesslich gab es eine längere Diskussion darüber, wie hoch die Ausgabenkompetenzen des Stadtrates für Beträge ausserhalb des Budgets sind. Oder formalistisch gefragt: Wie ist Arti.32, Abs i) zu verstehen? Der Stadtrat hat als Gesamtgremium eine Ausgabenkompetenz von insgesamt 750'000.-, wovon das einzelne Geschäft Fr. 250'000.- nicht übersteigen darf. Zusätzlich hat jede/r Abteilungsvorsteher/-in die Kompetenz, pro Jahr maximal 3 x 25'000.- für Geschäfte ausserhalb des Voranschlags zu genehmigen. Dieser letzte Punkt ist entscheidend für die Handlungsfähigkeit des Stadtrates und muss in der neuen Gemeindeordnung unbedingt berücksichtigt werden.

Gemäss den neuen gesetzlichen Vorgaben dürfen die Gebühren für ein Einbürgerungsgesuch maximal kostendeckend sein. Bislang fehlt im Jahresbericht ein entsprechender Indikator. Unter dem Stichwort ‚Bürgerrecht‘ (Seite 14) ist daher mit dem Voranschlag 2008 ein neuer Indikator ‚Kostendeckungsgrad in %‘ einzufügen. Der Wert muss 100% erreichen. Schon heute kann gesagt werden, dass die stadträtliche Gebührentabelle überarbeitet werden muss. So sind in dieser Übersicht für die Behandlung eines Gesuchs im Rat 10 Minuten vorgesehen. Die laufende Beobachtung in den letzten GR-Sitzungen hat ergeben, dass der Rat pro Gesuch im Schnitt nicht einmal drei (!) Minuten benötigt. Mit der Kosten-Leistungsrechnung ist nun die genaue Erfassung der Kosten eines Gesuchs möglich.

Ebenso regt die Subkommission an, per Budget 2008 die Herkunft der neu eingebürgerten Ustermerinnen und Ustermer nach Regionen zu erfassen. Stadtpräsident und stv. Stadtschreiber erklären dies für machbar.

Leistungsgruppe Wirtschaftsförderung (Seite 16). Die aktuelle Situation ist unbefriedigend. Der Leistungsauftrag ist zu weitläufig gefasst und für die zu treffenden Entscheidungen fehlt wichtiges Zahlenmaterial. Die KÖS fragt sich, ob der geschäftspolitische Gewinn aus der Erhebung sozioökonomischer Daten die notwendigen finanziellen Ausgaben langfristig nicht rechtfertigt. Der KÖS ist es ein Anliegen, dass der Stadtrat diese Datenbasis erhebt und damit eine effiziente und zielführende Wirtschaftsförderung an die Hand nehmen kann. Der Stadtrat verspricht zudem, mit dem Voranschlag 2008 die neuen Leistungsziele und die dazugehörenden Indikatoren für die Leistungsgruppe zu präsentieren.

Noch ein letztes Wort zur LG info uster (Seite 21). Es ist sehr erfreulich, dass die SBB-Tageskarten fast zu 100% ausgelastet sind. Offensichtlich entspricht dieses Angebot einem breiten Bedürfnis. Und offensichtlich sind die Ustermerinnen und Ustermer bereit, den öV zu nutzen, wenn attraktive Konditionen vorherrschen. Es ist deshalb zu fragen, ob das Angebot an Tageskarten nicht noch weiter ausgebaut werden soll, nicht zuletzt auch deshalb, weil es der Stadt auch einen kleinen Ertragsüberschuss beschert.

Die Kommission dankt den Gesprächspartnern für das offene, konstruktive und informative Gespräch.

*Für die KÖS:
Thomas Wüthrich,
Gemeinderat Grüne.*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Bürger- und Parlamentsdienste wird gutgeheissen.

4.5 GF Kultur

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Walter Meier**.

KBK / Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2006

Das Geschäftsfeld Kultur schliesst im Jahr 2005 mit Kosten von Fr. 2'785'496.99 ab. Damit wurde der bewilligte Globalkredit um Fr. 1'596.99 überschritten. Man kann also von einer Ziellandung sprechen.

Das Kultursekretariat hat mit 7 eigenen Veranstaltungen organisatorisch wesentlich mehr geleistet als geplant. Wirkliche Erfolge waren die zwei Veranstaltungen von Culturescapes in der ref. Kirche und im GR-Saal, der Kultursonntag sowie die Ausstellung Rosenboom. Das „Kulturkanister“-Wochenende, mit dem ein altes Zeughaus-Gebäude symbolisch der Ustermer Kultur übergeben wurde, war nur teilweise ein Erfolg. Einige Veranstaltungen waren sehr gut besucht, andere eher schlecht.

Das Kultursekretariat wird auch in diesem Jahr Culturescapes nach Uster holen, diesmal ist Rumänien dran. Die Veranstaltungen mit den Künstlern aus Estland haben die Stadt Uster praktisch nichts ausser dem Arbeitsaufwand des Kultursekretariats gekostet. Die Aufwendungen wurden praktisch gänzlich durch die Eintritte und die Sponsoringbeiträge aus dem Ustermer „Gewerbe“ gedeckt.

In der Investitionsrechnung war ein Fussgängerleitsystem geplant, dieses wurde 2007 bereits verwirklicht. Im Zusammenhang mit dem neuen Atelier Theater musste die WC-Situation im Qbus verbessert werden. Die entsprechenden Kosten wurde jedoch nicht der Investitionsrechnung, sondern der laufenden Rechnung Qbus belastet.

Aufgrund einiger Begegnungen, aus denen hervorging, dass etliche kulturinteressierte Einwohner das Kulturangebot in Uster nicht kennen, muss sich die Stadt Uster fragen, wie solche Menschen auf die durchaus vorhandenen Angebote aufmerksam gemacht werden können. Braucht es in absehbarer Zeit eine Marketing-Initiative? Man vermutet, dass es sich bei diesen Menschen vor allem um Pendler handelt. Vermutlich haben diese auch andere Vorzüge von Uster nicht entdeckt ...

Der Standort der Bibliothek soll mit einem neuen Mietvertrag gesichert werden und zudem soll die Bibliothek saniert werden. Die entsprechenden Anträge werden wir ja nächstens beraten.

Rudolf Gysi, GR
Walter Meier, GR

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Kultur wird gutgeheissen.

4.6 GF Finanzen

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Rolf Graf**.

Geschäftsbericht 2006 – GF Finanzen

Am 4. Mai haben sich Stadtrat Heinz Wolfensberger, Abteilungsleiter Thomas Kuoni mit unserer Subkommission (Andres Kunz und ich – Harry Kohler war an der Teilnahme verhindert) zum Vorgespräch über den Geschäftsbericht 2006 des Geschäftsfeldes Finanzen getroffen. Bereits Mitte April hatte ich im Auftrag der RPK die „finanztechnische Revision“ der Rechnung 2006 des GF Finanzen vorgenommen und die in diesem Zusammenhang aufgetauchten Fragen wie gewohnt im Vorfeld schriftlich eingereicht. Die Antworten auf diese Fragen werden – sofern sie relevant sind – in diesen Bericht eingebaut.

Der Jahresbericht des GF Finanzen ist auf den Seiten 32 – 40 sowie natürlich im Zusammenhang mit den Finanzierungen im Bericht zur Jahresrechnung. Auf die Finanzierungen werde ich im Zusammenhang mit dem Globalkredit am Schluss näher eingehen. Ich möchte mich zuerst mit den Leistungen der einzelnen Leistungsgruppen auseinandersetzen.

LG Finanzverwaltung (Seite 34)

Ich zitiere: „Die Arbeiten in der LG Finanzverwaltung standen voll und ganz im Zeichen der flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung auf den 1. Januar 2007“. Zitat Ende. Dazu wurden 80 - ich wiederhole - 80 Teilprojekte termingerecht umgesetzt. Unter anderem musste – damit der Personalaufwand den Leistungen bzw. Produkten zugewiesen werden können – ein Tool zur Leistungserfassung eingeführt und natürlich das ganze Personal entsprechend geschult werden. Alles sei nach Plan verlaufen der Zusatzaufwand für die Leistungserfassung halte sich im Rahmen und bei den Mitarbeitenden geniesse das ganze eine grosse Akzeptanz. Es ist geplant, dass die KLR der RPK im kommenden Sommer einmal vorgeführt wird, sollte es in unserer Kommission Personen haben, die gerne an dieser Vorführung interessiert wären, so liesse sich dies sicherlich einrichten.

Ein weiteres Grossprojekt betraf die vom Kanton angeordnete Liegenschaftenneubewertung des Finanzvermögens. Im Gesamten führte dies – wie im Bericht zur Jahresrechnung auf Seite 14 aufgelistet zu einer erfolgsneutralen Aufwertung von rund 1.2 Mio. Eigentlich hätte dieser erfolgsneutrale Gewinn noch um 212'000 höher ausfallen müssen. Aus Versehen wurde eine der Liegenschaften, für die bereits zum Zeitpunkt der Neubewertung der Verkaufspreis feststand, nicht der Verkaufspreis eingesetzt, sondern lediglich der Formelwert des Kantons. Dies führte dazu, dass auf dieser Liegenschaft trotz der Neubewertung noch ein Buchgewinn von CHF 212'000 verbucht werden konnte. Dies erfolgswirksam zugunsten der laufenden Rechnung statt erfolgsneutral direkt zugunsten dem Eigenkapital.

*Zu den **Indikatoren** (Zielerreichung) dieser Leistungsgruppe (Seite 35)*

Rechnungsführung Mandanten

Der Stadtrat hat nun entschieden, das Mandat (Buchführung, etc) für die Heusser-Staub Stiftung für Uster, unentgeltlich zu führen. Der entsprechende Vorschlag aus dem Sparprogramm `04 oder wie dies auch immer geheissen hat, wird also nicht umgesetzt. Die für die Heusser Staub Stiftung für Uster aufgewendete Zeit wird zwar erfasst, aber eben nicht weiterbelastet. Da ab 2007 den anderen Mandanten die erbrachten Leistungen nicht mehr pauschal sondern nach Aufwand verrechnet wird, kann diese unentgeltliche Leistung auch nicht mehr durch andere Mandanten finanziert werden. Dies wird dazu führen, dass der Kostendeckungsgrad in der Rechnung 2007 nicht mehr 100% sein wird, und wir ihn – sofern wir gleicher Meinung sind wie der SR – im Budget 2008 tiefer ansetzen werden müssen.

Personalsparkonten

Die Zinsvorteile auf den Personalsparkonten sollten gemäss Budget 2006 noch im Verhältnis 5:1 zugunsten des Personals ausfallen und erst mit dem Plan 10 sollte ein ausgeglichenes Verhältnis angestrebt werden. Nun wird aber bereits in der Rechnung 2006 ein fast ausgeglichenes Verhältnis ausgewiesen. Dieser Indikator können eigentlich gar nicht richtig gesteuert werden, da für die Verzinsung der Personalsparkonten feste Richtlinien gelten (Bis 50'000 zum Satz der 1. Hypothek der ZKB, übersteigender Betrag 2% tieferer). Diese können nun nicht jedes Mal angepasst werden, wenn sich der Zinssatz für Gemeindedarlehen – massgebend für den Zinsvorteil Stadt Uster – verändert. Im Berichtsjahr hat sich dieser erhöht, so dass sich der Zinsvorteil zugunsten der Stadt Uster erhöht hat. Aber eben eigentlich handelt es sich hier wohl eher um eine Kennzahl.

Finanzen & Personal (Seite 35)

Die Leistungsgruppe Finanzen hat wegen Mehreinnahmen bei Festgeld- und Kontokorrentzinsen den Globalkredit um CHF 215'000 übertroffen. Die grosse Liquidität der Stadt Uster hat sicherlich verschiedene Ursachen, Zur Hauptsache aber die nicht getätigten Investitionen und die grossen Landverkäufe.

LG Informatik (Seite 37)

Natürlich war die Informatik bei der Einführung der Kosten- Leistungsrechnung auch gefordert und hat ihren Teil zum Gelingen des Projekts beigetragen.

Die KLR wird es der Leistungsgruppe Informatik noch besser ermöglichen Hard- und Software sowie Supportleistungen die für andere Leistungsgruppen erbracht werden direkt weiter zu belasten. Durch die nunmehr monatliche Vornahme dieser Verrechnungen hat natürlich auch die empfangende Leistungsgruppe eine bessere und vor allem transparentere Kostenkontrolle in diesem Bereich.

Die Indikatoren erfordern keine zusätzlichen Ausführungen. Unter Finanzen & Personal ist ersichtlich, dass auch die Leistungsgruppe Informatik den Globalkredit eingehalten hat.

LG Steuern (Seite 39)

Das städtische Steueramt hat die vom Kanton vorgegebene Veranlagungsquote von 60% der unselbständig Erwerbenden auch in diesem Jahr erfüllt und mit 75% auch den Indikator 06 um 5% übertroffen. Und dies – wie ich vom Kanton inoffiziell erfahren habe – bei einer guten Qualität. Mit 75% ist aber wohl die Quote erreicht, die mit einem vernünftigen Aufwand-/Qualitäts- und Entschädigungsverhältnis stehen. Denn für zeitaufwendige oder materiell komplizierte Fälle hat der Kanton ja seine SpezialistInnen der Gebietsabteilungen. Aufgrund der Ausstände per 31.10.06 ist jedoch ersichtlich, dass ein Teil der 75% der Veranlagung erst nach diesem Datum eingeschätzt worden sind.

Das Ergebnis der Verlustscheinbewirtschaftung muss als ernüchternd bezeichnet werden.

Finanzen & Personal

Die höher Erledigungsquote hat sich auch bei den Nettokosten der Leistungsgruppe ausgewirkt.

Zum Schluss zum Globalkredit und die Finanzierungen (Seite 33)

Der Globalkredit ohne Finanzierungen des GF Finanzen rechnet um CHF 343'000 besser ab als budgetiert.

Bei den Finanzierungen - die alleine fast 6'4 Millionen oder 2/3 zum besseren Rechnungsergebnis 06 der Stadt Uster beigetragen - fallen die ordentlichen Steuern mit CHF 4,6 Mio. auf. Dieser Betrag teilt sich – im Wesentlichen - in „ordentliche Steuern“ (1,1 Mio.) und Steuern Vorjahre (3,5 Mio.) auf. Im Vergleich zur Rechnung 2005 zeigt sich, dass die juristischen Personen einen wesentlichen Anteil zur Veränderung beigetragen haben müssen. Beträgt doch ihr Anteil an den ordentlichen Steuern jeweils +/- 10%, Bei den Mehreinnahmen gegenüber der Rechnung 2005 sind es nun aber fast 50%. Auch beim Zuwachs „Steuern Vorjahre“ ist beim Vergleich gegenüber der Rechnung 2005 der Anteil der juristischen Personen grösser als normal.

Dies ist jedoch nur ein laienhafter Versuch die unerwartete Zunahme zu analysieren. Der Hauptgrund dürfte aber schlicht und einfach sein, dass sich die anziehende Konjunktur bereits im Jahre 2005 positiv ausgewirkt hat.

Zum Schluss noch der Hinweis darauf, dass wir mit der Rechnung 2007 nicht mit der gleichen Überraschung rechnen können, da dort die Steuern Vorjahre bereits mit 10 Mio. eingesetzt worden sind.

Zu der Investitionsrechnung gibt es keine Bemerkungen.

Noch eine kurze Anmerkung zu einer Feststellung aus einem anderen Geschäftsfeld. Bei der Revision der Rechnung des GF Steuerung und Führung bin ich erneut auf ein Finanzierungsleasing gestossen. Wir werden nächste Woche wohl noch näher darauf eingehen. Klar ist jedoch, dass die Stadt Uster genügend liquid ist, und nicht auf Finanzierungsleasing angewiesen ist. Im Zusammenhang mit der Aufnahme des Kleinkredites zur Finanzierung des Solariums im Hallenbad wurde in der Stadtverwaltung vereinbart, dass Leasingverträge nur nach Rücksprache mit der Abteilung Finanzen abgeschlossen werden dürfen. Thomas Kuoni wird an der nächsten Kaderkonferenz diese Regelung bei allen erneut in Erinnerung rufen. Ob in anderen GF noch Leasingverträge laufen weiss die Abteilung Finanzen nicht. Ich selber finde es sonderbar, dass alle Leasingerträge die abgeschlossen worden sind a) sich in den von mir kontrollierten GFs abgeschlossen worden sein sollen und b) dass ich sie dann auch noch immer gefunden habe. Ich würde daher eine generelle Erhebung in den Abteilungen sehr begrüßen.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Finanzen wird gutgeheissen.

4.7 GF Liegenschaften

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Andres Kunz**. Er weist darauf hin, dass die Beratung zu diesem Geschäftsfeld schlank über die Bühne gegangen ist. Die KÖS hat dieses denn auch einstimmig gutgeheissen.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Liegenschaften wird gutgeheissen.

4.8 GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Christian Keller**.

Die Kommission Planung und Bau behandelte diesen Teil von Geschäftsbericht und Jahresrechnung in zwei Sitzungen. Zudem fand eine vertiefte Auseinandersetzung durch eine Subkommission mit den Vertretern der Stadt statt. Ansprechpartner seitens der Stadt waren Stadtrat Thomas Kübler und Stadtingenieur Fässler.

Verschiedene Abweichungen zwischen Budget und Rechnung aber auch Entwicklungen, die sich anhand der Zahlen erkennen lassen, wurden dabei diskutiert. Wir wollen hier nicht im Detail darauf eingehen, da sie in der Regel den Sachinhalt, also Infrastrukturen, technische Entwicklungen etc. und nicht die Rechnung betreffen. Hier wollen wir uns nur auf zwei diskutierte Themen beschränken: Zum einen ist die Situation bei den Investitionen nach wie vor unbefriedigend und zwingend zu verbessern. Im Rahmen der Budgetierungen bemühen wir uns jeweils, die Investitionen in eine vertretbare Relation zu den Erträgen zu bringen und jedes Mal sehen wir nachher bei der Rechnung, dass die Investitionen bei weiten nicht ausgeschöpft werden konnten. So auch dieses Jahr und auch in

diesem Geschäftsfeld. Dieser Punkt ist störend und ist im Rahmen der Budgetierung 2008 jetzt endlich in den Griff zu bekommen.

Ins Kapitel der Transparenz der Rechnung gehört, dass bei den Investitionen für Kanalisation und ARA (S. 51) die Anschlussgebühren und Staatsbeiträge nicht als negative Investitionen aufzuweisen sind; sie sind separat zu aufzuführen.

Zum Schluss noch eine Korrektur: Bei den Kennzahlen der LG ARA (S. 59) ist ausgewiesen, dass der Phosphorabfluss im 2006 703 kg betragen habe. Diese Zahl haben wir in Frage gestellt, Abklärungen in der Verwaltung haben daraufhin ergeben, dass der richtige Wert 912 kg beträgt. Ich bitte Sie, dies in Ihrer Unterlage zu vermerken.

Die Kommission Planung und Bau beantragt dem Gemeinderat nach der eingehenden Prüfung der Inhalte einstimmig, dem Teil des GF Infrastrukturbau und Unterhalt des Geschäftsberichtes und Jahresrechnung 2006 zuzustimmen.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Infrastrukturbau und Unterhalt wird gutgeheissen.

4.9 GF Stadtraum und Natur

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Simone Michel**.

*Referat Gemeinderatsitzung vom 4. Juni 2007
Geschäftsberichte und Jahresrechnung 2006 der Stadt Uster
Traktandum 4.9 Geschäftsfeld Stadtraum und Natur*

Auf die Fragen seitens der Kommission wurde von Stadtrat Kübler, Abteilungsleiter Herrn Fässler und Herrn Padrutt kompetent geantwortet.

Zu Weisung 76 S.61 Bericht Zielerreichung 2006 und somit auch zu der Weisung 72 S.13 und 14 Investitionsrechnung:

Diskussionsstoff war, dass Investitionsplanung massiv zu optimistisch war, was die Geschwindigkeit der Abwicklung der Geschäfte betrifft. U.a. wurden auf geeignetere, ressourcensparendere Vorgehensweisen im Hochwasserschutz- Ausbau die kantonalen Vorgaben nochmals überprüft, was einen Teil der Verzögerungen erklärt. Fürs 2007 ist eine Veränderung der Kontoführung angestrebt, welche kleinere Beträge, unter 100 000 auch in der Investitionsrechnung ersichtlich macht und somit exakter wird.

- **LG Stadt- und Verkehrsplanung**

S.62 Verkehr:

Zusammen mit der VZO ist die Stadt Uster an der Erarbeitung eines Buskonzeptes, welches auf den Fahrplanwechsel 08 09 einen 15-Min.-Takt vorsieht. Die noch ausstehenden Abklärungen betreffen u.a. die Kosten des Vorhabens.

- **LG Natur und Landwirtschaft**

S.65 Indikatoren:

-Fläche mit naturnaher od. extensiver Bewirtschaftung: Abw. 10 macht keinen Sinn. Uster hat das Soll, welches spätestens im 2009 hätte erreicht werden sollen, schon im 2006 erfüllt, das ist keine Zielabweichung.

-Fläche, welche mit ÖQV (ökologische Qualitätsverordnung) bearbeitet werden soll: Hier wurde gefragt, wieso keine Sollwerte angegeben sind. Es gibt dazu vom Kanton keine Zielvorgaben für Uster.

LG Forstwirtschaft

S. 67 Indikatoren:

Schutzwaldverjüngung: Da im Nutzwald wegen Schneebruch und Borkenkäferbefall mehr geholt wurden musste, wie im Voraus beabsichtigt, wurden die Verjüngung im Schutzwald zurückgestellt.

Kosten und Kennzahlen:

Bei der Kostenrechnung wurde differenzierter aufgelistet. Fürs 2007 wird eine Ausweisung der personellen Ressourcen und die damit verbundenen Kosten für die drei Bereiche Stadtwald, Erholungsinfrastruktur und hoheitliche Aufgaben angestrebt.

Für die Subkommission GF Stadtraum und Natur, Simone Michel

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Stadtraum und Natur wird gutgeheissen.

4.10 GF Hochbau und Vermessung

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Benno Scherrer**. Er weist namentlich darauf hin, dass die Kommission Planung und Bau das Geschäftsfeld einstimmig genehmigt hat.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Hochbau und Vermessung wird gutgeheissen.

4.11 GF Sicherheit

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Stefan Feldmann**.

*Herr Präsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

Der Geschäftsbericht des Geschäftsfeldes Sicherheit wurde von einer KÖS-Subkommission – bestehend aus Martin Gasser, Cla Famos und mir – mit Stadtrat Hans Streit und Abteilungsleiter Paul Röthlisberger besprochen und anschliessend in der Kommission weiter vertieft. Im Folgenden möchte ich auf zwei generelle Punkte eingehen, sowie ein paar wenige Anmerkungen zu ein paar Detailzahlen machen.

Das vergangene Jahr war im Geschäftsfeld Sicherheit stark durch die Reorganisation des Seerettungsdienstes geprägt. Die Analyse des bestehenden Seerettungsdienstes – die Kommission war bereits früher davon ins Bild gesetzt worden – hatte in verschiedener Hinsicht erhebliche Mängel an den Tag gefördert, sei es bezüglich der Kostentransparenz, bezüglich der Führungsstrukturen, der Rechtsstellung des Dienstes oder dem Versicherungsschutz der Angehörigen des Seerettungsdienstes. Im Verlaufe des vergangenen Jahres wurde deshalb der Seerettungsdienst grundsätzlich neu aufgegleist. Der Dienst wurde in die Stadtpolizei integriert und dem Kommando der Sicherheitspolizei unterstellt. Es wurden klare Strukturen und klare Regelemente geschaffen. Dies zog sowohl für die Angehörigen des Seerettungsdienstes wie auch die von ihnen wahrgenommenen Aufgaben teilweise einschneidende Änderungen nach sich.

So wurden etwa klare Zulassungsbedingungen an die Mitglieder des Seerettungsdienstes gestellt. Alle Personen, welche sich im Rahmen des neuen Seerettungsdienstes engagieren wollten, mussten sich neu um eine Aufnahme bewerben, auch die bisherigen Mitglieder. In der Folge hat sich rund drei Viertel des Korps des Seerettungsdienstes erneuert.

Auch gibt es nun keine Vermischung mehr von hoheitlichen und privaten Aufgaben des Seerettungsdienstes: Vom Stützpunkt des Seerettungsdienstes aus dürfen keine privaten Aufgaben, wie Schlüsselsuche, Boienreperaturen etc. mehr vorgenommen werden. Auch das Tauchverbot besteht für die Angehörigen des Seerettungsdienstes nach wie vor. Das Problem hier ist, dass sie für die Tauchtätigkeit erst versichert werden können, wenn sie als Polizei-Berufstaucher ausgebildet sind und diesen Status dann in der Folgezeit auch halten. Die Angehörigen des Seerettungsdienstes auf dieses Niveau zu bringen und zu halten, wäre aber sehr aufwändig und ihren Aufgaben auch nicht adäquat. Tauchgänge zwecks Bergung von verunglückten Personen ist somit ganz klar die Aufgabe der Kantonspolizei.

Neben den Informationen zur Reorganisation des Seerettungsdienstes gab in der Kommission vor allem die festgestellte Zunahme des Alkoholkonsums durch jungen Menschen und das daraus resultierende «Rauschtrinken», verbunden mit Schlägereien, Vandalismus und mutwilligen Sachbeschädigungen, zu Diskussionen Anlass. Diesen Veränderungen des gesellschaftlichen Verhaltens mit ihren negativen Auswirkungen sieht die Stadtpolizei mit Besorgnis, vor allem auch, weil sie selber die dahinter liegenden gesellschaftlichen Probleme mit ihrem Einschreiten nicht lösen kann. Sie kann nur versuchen, die Auswirkungen einzudämmen. Dies bedingt aber wegen der zunehmenden Gruppenbildung von alkoholisierten Jugendlichen gerade im Sommer, eine vermehrte Bündelung der Polizeikräfte. Reichte früher das blosse Auftreten von zwei uniformierten Polizeiangehörigen, um wieder Ruhe und Ordnung herzustellen, so müssen bei solchen Vorkommnissen heute grössere Polizeipatrouillen von vier, fünf Mann losgeschickt werden. Es ist deshalb auch absehbar, dass die Polizei auf absehbare Zeit zusätzliche Kräfte benötigt, auch da ihr durch das neue Polizeiorganisationsgesetz neue Aufgaben zugewiesen wurden.

Aber nochmals: Wichtig zu betonen ist, dass auch heute der grösste Teil der Jugendlichen keine Probleme macht und wegen solcher Vorfällen nicht «die Jugend» im Generellen als Probleme betrachtet werden darf. Zum anderen muss ebenfalls klar festgehalten werden, dass die Polizei mir Repression das Problem nicht lösen kann, sondern nur die Gesellschaft als Ganzes.

Nach dem Allgemeinen nun zu ein paar wenigen Anmerkungen bezüglich einiger Zahlen:

Seite 75, Geschäftsfeld Sicherheit, Investitionsplanung: Hier gibt es bei den Zahlen betreffend dem Bootshaus Unstimmigkeiten. Wird beim Punkt «Sanierung/Erweiterung» SOLL 06 (107'000) und IST 06 (153'000) verglichen, so ergibt sich daraus eine Abweichung von 46'000 und nicht wie hier ausgewiesen von 365'000. Hier sind, wie eine nochmalige Prüfung durch den Controller ergeben hat, Netto- und Bruttozahlen durcheinandergeraten.

Seite 77, Leistungsgruppe Feuerwehr, Finanzen & Personal: Hier ist Bezeichnung «Höherer Sold» etwas irreführend. Der Sold wurde natürlich nicht erhöht, sondern es wurde mehr Sold ausgerichtet, weil mehr Einsätze geleistet wurden, vor allem auch im Zusammenhang mit der «Seegfröni». «Soldmehraufwand» wäre deshalb wohl korrekter.

Seite 78, Leistungsgruppe ZSO/Militär und Zivilschutz, Indikatoren, Punkt Anteil praktische Einsätze: Hier wurde gefragt, warum SOLL 06 und IST 06 soweit auseinander klaffen. Die Begründung ist zweigleisig: Zum einen ist SOLL 06 eine sehr unsichere Abschätzung, da man sehr oft nicht weiss, welche «praktischen Einsätze» im Folgejahr ausgeführt werden können. Beispielsweise war der Abbruch des alten Bootshauses ein solch «praktischer Einsatz». Und wer die lange Vorgeschichte dieses Geschäftes kennt, weiss, dass man nur schwer voraussagen konnte, in welchem Jahr, dieser Einsatz durchgeführt werden kann. Der zweite Teil der Begründung liegt darin, dass der Einsatz des Zivilschutzes in Bristen grösser ausfiel als geplant.

Seite 82, Leistungsgruppe Verkehrssicherheit und -organisation, Anzahl nicht bewirtschaftete Parkfelder: Hier wurde gefragt, wie es dazu kommt, dass die Zahl der nicht bewirtschafteten Parkfelder rückläufig ist. Die Begründung ist relativ einfach: Oft werden bei grösseren Baustellen Parkfelder durch Ein- und Ausfahrten oder durch Bauwagen belegt und stehen so nicht zur Parkierung und damit natürlich auch nicht zur Bewirtschaftung zur Verfügung. Ein aktuelles Beispiel für ein solches Beispiel gibt es zurzeit an der Freistrasse, wo wegen dem Bau der dortigen Überbauung in der Nähe des Schulhauses mehrerer Parkfelder nicht genutzt werden können.

Die KÖS hat dem Geschäftsbericht und der Rechnung des Geschäftsfeldes Sicherheit einstimmig zugestimmt.

Martin Gasser ergreift namens der SVP-/EDU-Fraktion das Wort:

*Sehr geehrter Präsident,
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,*

Zum GF Sicherheit möchten wir von der SVP-EDU Fraktion nichts sagen. Aber wir möchten darauf hinweisen, dass gerade in der wichtigen Zeit der Umstrukturierung bei der Polizei auch die Chefstelle öffentlich hätte Ausgeschrieben werden sollen, denn nur so können Einflüsse von Ausserhalb mit einbezogen werden.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Sicherheit wird gutgeheissen.

4.12 GF Publikumsdienste

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Stefan Feldmann**.

Geschäftsbericht 2006 – GF Publikumsdienst

*Herr Präsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

Das Geschäftsfeld Publikumsdienste gab im Gegensatz zum Geschäftsfeld Sicherheit in der Subkommission sowie in der Kommission zu keinerlei Diskussionen Anlass. Das mag zum einen daran liegen, dass eine Leistungsgruppe (Info Uster) in die Präsidialabteilung verschoben wurde, dass zwei Leistungsgruppen (Einwohnerkontrolle, Zivilstandesamt und Friedhof) Leistungen erbringen, die sich nicht steuern lassen – gestorben und geheiratet wird in Uster egal, welche Kennzahlen wir dafür festlegen. Immerhin ist beim Zivilstandesamt positiv zu erwähnen, dass beim die vorgeschriebene Rück erfassung der Familienregister bereits im Dezember 2006, und nicht wie vom Bund verlangt erst Ende 2008, abgeschlossen werden konnte.

Bleibe noch die Leistungsgruppe Märkte. Gut möglich, dass wir hier in einem Jahr etwas mehr Diskussionsbedarf haben werden, wenn wir den Kostendeckungsgrad der einzelnen Märkte kennen und dann beurteilen müssen, ob wir damit zufrieden sind oder ob wir hier Korrekturbedarf sehen. Im Moment sah die Kommission aber auch bei diesem Geschäftsfeld keinen Diskussionsbedarf.

Die KÖS hat dem Geschäftsbericht und der Rechnung des Geschäftsfeldes Publikumsdienste einstimmig zugestimmt.

Mit bestem Dank.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Publikumsdienste wird gutgeheissen.

4.13 GF Soziale Sicherheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Lennie Grob**.

***GF Soziale Sicherheit: NPM Jahresbericht und Rechnung 2006
Seite 88-93***

Am 13. April 07 fand das Gespräch mit der Stadträtin Barbara Thalmann und dem Abteilungsleiter Armin Manser statt. Wir danken für die Beantwortung unserer Fragen.

Einige Bemerkungen zum Bericht und zur Rechnung.

GF Soziale Sicherheit

Seite 89: Die Mehrkosten im „Sammelkosten Geschäftsfeld“ von Fr. 67'000.00 sind hauptsächlich auf den zusätzlichen Aufwand bei der Arbeitsintegrationsprogrammen zurückzuführen.

LG Sozialversicherung

Seite 91: Die Kosten pro Fall bei den Ergänzungsleistungen IV sind etwas höher als budgetiert. In den drei Bereichen (Betagte, Invalide, Hinterlassene) sind die Ausgaben insgesamt etwas tiefer als in 2005.

LG Familienergänzende Betreuung

Seite 92: Die FEB- Trägerschaften haben in Hinblick auf die Einführung der Tagesstrukturen, auf das Betriebsjahr 07/08 bereits erste Anpassungen gemacht. So wurden z. B. die Öffnungszeiten der Hortbetriebe auf 7 Stunden festgelegt.

Die Krippen und Horten sind mit rund 95% sehr gut ausgelastet. Nach wie vor besteht eine Warteliste.

Mit den neuen kantonalen Ausbildungs- und Krippenrichtlinien, sowie die Besoldungsempfehlungen des Schweizerischen Krippenverbandes, welcher u.a. den Personalbedarf regelt, muss auf das Betriebsjahr 07/08 mit höheren Lohnkosten gerechnet werden.

Globalkredit

Seite 89: Mit IST 06 von Fr. 10'461'000.00 gegenüber SOLL 06 von Fr. 10'394'000.00 weist die Rechnung eine leichte Überschreitung des Budgets von Fr. 67'000.00 aus.

Die Kommission Soziales und Gesundheit beantragt einstimmig dem Gemeinderat den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 des Geschäftsfeldes „Soziale Sicherheit“ zu genehmigen.

*Lennie Grob- Overdulve
04.06.2007*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Soziale Sicherheit wird gutgeheissen.

4.14 GF Gesundheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Stefan Lehmann**.

Geschäftsbericht 2006 GF „Gesundheit“ Ste. 94 - 98

Unverändert ist das Geschäftsfeld „Gesundheit“ der Bereich mit dem tiefsten Nettoaufwand unserer Stadtrechnung, da die Abfallbewirtschaftung in einer separaten Fonds-Rechnung geführt wird.

Unsere vorgängigen Fragen wurden wie folgt beantwortet:

Fragen Geschäftsbericht GF „Gesundheit“ 2006 (Ste. 94 - 98)

LG Abfall und Umwelt

- *Stand der Abklärungen für weitere Standorte von Nebensammelstellen?*
 - *auf dem Zeughausareal wird eine weitere Nebensammelstelle eingerichtet, das Baugesuch befindet sich in der Prüfungsphase*
 - *weitere Standorte werden andiskutiert: Loorengbiet, Zellweger-Luwa-Areal, Eschenbüel*
- *Terminplan bezüglich Studie HS Rapperswil bezüglich Grünabfuhr (Frühjahr 2007)?*
Die Vorlage für die Grünabfuhr ist dieser Tage im Stadtrat behandelt worden, zur Weiterreichung an uns/KSG und die Abteilung hofft, die Volksabstimmung im November 07 durchführen zu können, mit Umsetzung ab 1.1.09
- *Laufzeit des Kehrichtzorgers Frei bis Ende 2008 oder 2007?*
bis Ende 2008
- *Eine letzte Frage zur Rechnung der Abfallbewirtschaftung, da erneut gegenüber dem Budget viel besser abgeschnitten worden ist (Differenz ca. Fr. 220'000.--):*
 - *Die Sammelstelle Wilstrasse mit ca. Fr. 100'000.-- ist nicht getätigt worden*
 - *Die Metallpreise haben viel bessere Erträge generiert (+ Fr. 50'000.--)*
 - *In der KEZO wird der Ustermer Abfall insofern separiert, als dass ebenfalls Einnahmen aus Entsorgungsmaterial die Rechnung insgesamt verbessert haben.*

LG Lebensmittelkontrolle/Kadaverentsorgungsstelle

- *Ist es korrekt das die Stelle 0,4 % der Kadaverentsorgungsstelle nun bei der LG LM-Kontrolle angesiedelt ist?*
In der Budgetbesprechung 2006 wurde bereits festgehalten, dass aus gesetzlichen Gründen die Kadaverentsorgungsstelle nicht über den Spezialfonds zu verrechnen ist.
- *Kennzahlen Lebensmittelkontrolle:*
Antrag/Wunsch auf Ergänzung der Kennzahlen durch
 - a) Anzahl ausgesprochener Bussen:*
 - b) Betrag Einnahmen aus Bussen in Fr.:**Es wird der Controller beigezogen, ob diese ergänzenden Kennzahlen (keine Indikatoren) Sinn macht und möglich ist.*
- *Enorme Zunahme der Vergeigungen von 5 auf 7, gegenüber 2 budgetierten*
Sind spezielle Massnahmen vorgesehen?
Besten Dank für die Informationen in der KSG durch E. Reiser.
Das kant. Labor hat vermehrt Kontrollen bei den Ustermer Betrieben durchgeführt, teilweise auch mit E. Reiser.
Die problematischen Betriebe sind daher auch bekannt.
- *Zunahme um 400 % bei den ausrangierten giftigen Pilzen?*
Worauf ist dies zurückzuführen?
Die verantwortliche Pilzkontrolleurin hat der Abt.leitungeinen Bericht abgegeben. Die klimatischen Bedingungen mit einem sehr nassen August 2006 und den anschliessenden guten und warmen Monaten September und Oktober hat das Pilzwachstum extrem begünstigt. Dies hatte eine enorme Pilzeuphorie im ganzen Herbst verursacht und es gingen auch Personen zum sammeln, die sonst nie gehen. Daher kamen auch vermehrt ungeniessbare Pilze zur Kontrolle.

Zu den Finanzen:

- *Feststellung bei allen budgetierten Einnahmen, im Vergleich zum def. Abschluss:
-> sehr vorsichtige Budgetierung, deshalb vorwiegend Ueberschüsse gegenüber Planzahlen
Das Budget 2006 wurde noch von M. Egenolf erstellt, das immer sehr vorsichtig abgegeben
worden ist. Zudem ist die Erstellung der Planzahlen weit zum voraus immer mit den
bekannten Ungewissheiten verbunden.*

*Als Vertreter der Sachkommission KSG beantrage ich dem Gemeinderat, beim GF „Gesundheit“ den
Jahresbericht NPM abzunehmen, ebenso wie den Globalkredit von CHF 461'000.--.
Investitionen sind keine umgesetzt worden.*

28.5.07/Stefan Lehmann

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 0 Stimmen

**Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 des Geschäftsfeldes Gesundheit wird
gutgeheissen.**

4.15 GF Betreutes Wohnen

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Christian Wüthrich**.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren*

1. Leistungsgruppe Heime:

*Wenn an dieser Stelle das letzte Jahr für die Zukunft eine exaktere Budgetierung gewünscht wurde,
gilt es heute zu erwähnen, dass sich das Geschäftsjahr 2006 sehr exakt im Rahmen des Budgets
abgewickelt hat. Es gilt festzuhalten, dass das Ergebnis von Fr. 8.91 Defizit je Tag/ Bett als sehr gut
zu bezeichnen ist. Dieses Ergebnis kam dank der höheren, als budgetierten Bettenbelegung zustande.
Trotz Einsatz von mehr Personalstellen (2.1) gegenüber dem letzten Jahr, zeigt dieses Resultat
gemäss der Vorbesprechung für alle MitarbeiterInnen aller Stufen und Bereiche eine sehr hohe
Arbeitsbelastung auf.*

*Die hohe Bettenauslastung führte gemäss Geschäftsbericht zu Wartezeiten für die allgemeinen
Pflegeabteilungen. Gemäss Auskunft konnte ein Teil des Pflegebedarfs durch vermehrte Spitexeinsätze
abgedeckt werden. In Einzelfällen führten die Bettenengpässe zu kurzfristigen Platzierungen in*

anderen Institutionen. Während des Vorgesprächs wurde explizit auf die veränderte Heimeintrittssituation hingewiesen.

Dazu gehören zum Beispiel: Kurzfristige Übertritte aus Spitälern, (Übergangspflege) Kurzfristige Eintritte von zu Hause, weil der Pflegebedarf durch Fam. und Spitex nicht abgedeckt werden kann etc. Da die Menschen länger auch bei Krankheit zu Hause bleiben sinkt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Heimen massiv.

Langfristige Planungen eines Heimeintrittes sind selten möglich. In dieser Situation hat sich die bestehende neutrale Beratungsstelle sehr bewährt.

Im Hinblick auf die Renovationsarbeiten (Reduktion des Bettenangebotes um 30 Betten trotz Provisorien und ausgeklügelter Bauplanung) wird einer Vernetzung aller Angebote grösste Aufmerksamkeit geschenkt und die Möglichkeit geprüft, vorübergehend in anderen Institutionen Pflegebetten für unsere EinwohnerInnen zu erhalten.

Zusammen mit einer heimexternen Pflegeexpertin führte eine heiminterne Pflegeexpertin mittels eines standardisierten Verfahrens eine Pflegequalitätskontrolle bei ca. einem Drittel der Pflegeempfänger durch. Die Resultate dienen zum Erhalt der Pflegequalität. BewohnerInnenumfragen sind partiell implementiert und in der ganzen Institution zu einem späteren Zeitpunkt geplant.

Die Investitionen für die Sanierung des Bodenbelages Haus See Dietenrain wurden aus betrieblichen Gründen auf drei Jahre verteilt.

Die zeitliche Verschiebung durch die Aufnahme der räumlichen Integration des Spitexzentrums in das Projekt im Grund, führte zu einer tieferen Ausnützung der geplanten Investitionen für dieses Projekt. In der Besprechung wurde explizit darauf hingewiesen, dass der zeitliche Rahmen für das Gesamtprojekt aber eingehalten werden kann.

Der Abschluss der Arbeiten an der Taxordnung kann im Sommer erwartet werden. Dabei wird der Stadtrat, so wurde uns versichert, darauf achten, dass weiterhin die BewohnerInnen nicht mehr belastet werden als dies im Rahmen der letzten Jahre. Mit einem Anstieg des Defizits je Bett und Tag ist nur schon auf Grund der Investitionen zu rechnen.

Dabei muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass dieses Defizit Fr. 8.91 je Bett und Tag 2006 ausserordentlich tief ausgefallen ist.

2. Leistungsgruppe Spitex:

Das Jahr 2006 war gekennzeichnet durch die im Geschäftsbericht genannten Besonderheiten und einem im Rahmen des Budgets liegenden Abschluss.

Es gilt festzuhalten, dass die Zunahme von 157 Pflegestunden und die Zunahme der Arbeitsstunden des Frauenvereines um 824 Stunden bedarfsorientiert erfolgten und als sehr gut zu bezeichnen sind. Eine leichte Aufstockung des Stellenplanes war erforderlich um die bedarfsorientierten Arbeiten erledigen zu können und führte bei den Löhnen zu einer Überschreitung des Budgets von 78'000 Fr. Frau Tavaretti bestätigte am Vorgespräch die Zunahme der Notwendigkeit der Spitexpflege und erwähnte dass bereits bis Ende Februar 2007 2065 Pflegestunden geleistet wurden. Im Berichtsjahr wurde die Abendspitex erneut und erfolgreich eingeführt. Ab November 2007 zeigte sich ein Bedarf von 4 Stunden je Tag, diese 7 Tage die Woche bei etwa 8 bis 12 Klienten.

Frau Tavaretti bestätigte die gute Vernetzung mit den Heimen und wies auf den vermehrten Einsatz ihres Dienstes bei Wartezeiten für allgemeine Pflegeplätze hin. Hier gilt es auch zu erwähnen, dass nur in einem Fall eine Abweisung notwendig war.

Sie wies auch auf die komplexer werdende Heimeintrittssituation und den Wunsch der Klienten hin, möglichst Zuhause gepflegt zu werden. Es wird mit einer zukünftigen weiteren Zunahme der Leistungen gerechnet. Speziell für das Geschäftsjahr zu erwähnen ist sicher die Initiierung der psychiatrischen Spitexpflege und die Zusammenarbeit mit der Onkospitexpflege.

Im Gespräch wurde aufgezeigt, dass jede Spitexstunde wünschenswert ist, weil dann unsere EinwohnerInnen länger zu Hause bleiben können und in den Heimen weniger Kosten verursacht werden. Dabei ist aber davon Kenntnis zu nehmen, dass jede Spitexstunde ein Defizit generiert. Die Bundessubventionen für die hauswirtschaftliche Spitex die durch den Frauenverein geleistet wurde, fallen per 1.1.08 weg und werden auch nicht durch den Kanton ersetzt. Um diese Dienstleistung und damit das Netzwerk das es braucht um Zuhause bleiben zu können, nicht zu gefährden, wurden erfolgreiche Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Frauenverein geführt. Die

wegfallenden Bundessubventionen wurden bereits im Budget 2007 der Stadt Uster eingestellt. Die Mitarbeiterinnen des Frauenvereins Uster werden durch die Stadt angestellt.

3. Würdigung

Zusammenfassend kann hier gesagt werden, dass die Abteilung Gesundheit im Geschäftsfeld betreuten Wohnens im Jahre 2006 ausgezeichnet gearbeitet hat. Die KSG empfiehlt dem GR einstimmig die Abnahmen der Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2006.

Für die KSG
3.6.2007
Christian Wüthrich
Gemeinderat

Nachtrag RPK :

Die RPK empfiehlt dem GR ebenfalls einstimmig, die Abnahmen der Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2006 vom Geschäftsfeld betreutes Wohnen.

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Betreutes Wohnen wird gutgeheissen.

4.16 GF Sport

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Robert Alge**.

GF Besprechung Weisung Nr. 76 Geschäftsberichte 2006

*Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren*

Am 4. Mai 2007 trafen sich Stadträtin Esther Rickenbacher, Ernst Brassel, Peter Crestani, Alexandra Roth, Claudia Geisenberger und ich zur Besprechung im Stadthaus.

Das GF Sport verbuchte (ab Seite 106) im 2006 einen finanziellen Aufwand von CHF 3'926'268 dem gegenüber steht ein Ertrag von CHF 1'596'768. Der budgetierte Globalkredit von CHF 2'231'000 wurde um CHF 98'000 überschritten. Vor allem auf der Ertragsseite wurde das Budget nicht erreicht, mit ein Grund war, dass die Erhöhung der Eintrittspreise nicht die gewünschten Mehreinnahmen von CHF 150'000 einbrachten.

Investitionen waren für CHF 3'440'000 geplant, es wurden aber nur CHF 751'909 ausgegeben. Nämlich für die Projektierung der Fusswegverbindung Nord sowie der Parkplätze. Die Sanierung der Duschen in der Sporthalle wurde etappiert. Momentan sind zwei Duschen fertig. Die Duschen Sanierung sollte nach den Sommerferien abgeschlossen sein, obwohl noch mehr Baumängel aufgetaucht sind. CHF 285'885 wurden für die Attraktivitätssteigerung im Kinderbereich des Seebades aufgewendet, das Echo aus der Bevölkerung ist durchwegs positiv. Verzichtet wurde vorläufig, nachdem der Gemeinderat einen neuen Antrag forderte, auf das Kunstrasenfeld im Buchholz.

Was sich Uster gross auf die Fahne geschrieben hat, ist, dass die Bevölkerung vermehrt Sport treiben und sich bewegen soll, ein sehr aktuelles Thema.

Die Zusammenarbeit mit ProSport Uster wurde mit einer Vereinbarung auf eine neue Grundlage gestellt. Weiterhin grosses Interesse geniessen die Sport und Fun Camps. Zum ersten Mal resultierte sogar, was aber nicht das erklärte Ziel ist, ein kleiner Gewinn. Im Weiteren bietet die Stadt Uster, in Zusammenarbeit mit dem Rotary-Club, einen Mega Tag, sowie einen Sommerplausch an. Diese Veranstaltungen haben zum Ziel, Kinder oder Jugendliche für verschiedene Sportarten zu begeistern.

Der budgetierte Indikator Anzahl Besucher je Tag im Dorfbad wurde klar übertroffen, wobei die Besucherzahl im Seebad zurückging. Das Dorfbad hat während der vergangenen Saison den fehlenden Kleinkinderbereich im Seebad kompensiert. (Seite 107)

Auf Seite 108, Anzahl Aktivsportler ging um 1'000 Personen zurück, diese Zahlen werden von ProSport geliefert, diskutiert wurde, ob diese Angabe Sinn macht, wenn sie mehr oder weniger auf einer Schätzung beruht.

Zum Schluss bleibt nur noch das Thema Sponsoringkonzept, dieses wurde inhaltlich weiterentwickelt und kann nun im 2007 definitiv umgesetzt werden.

In der Kommission Bildung und Kultur wurde einstimmig zugestimmt.

*Robert Alge
Gemeinderat (SVP)
14.Mai 2007*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Sport wird gutgeheissen.

4.17 GF Sozialhilfe

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Julia Amherd**.

*Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Anwesende*

GF Sozialhilfe: *NPM Jahresbericht und Rechnung 2006
Seite 111- 120*

Die Vorbesprechung fand im Beisein der Präsidentin der Sozialbehörde, Barbara Thalmann, dem Sekretär der Sozialbehörde, Armin Manser, den Gemeinderätinnen Elsbeth Hürlimann und Julia Amherd am 12. April 2007 statt. Wir danken für die Beantwortung unserer Fragen.

Einige Anmerkungen zum Bericht und zur Rechnung.

GF Sozialhilfe (S. 111- 112)

Globalkredit:

Sammelkosten Geschäftsfeld: Die höheren Besoldungskosten ergeben sich aus der befristeten Anstellung eines Adjunkten für das Vormundschafts- und Sozialhilfewesen und den Projektkosten PassUS.

LG Sozialberatung (S. 113- 115)

Einleitung

Der Nettoaufwand der Stadt Uster für die Sozialhilfe ist im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr trotz Fallrückgang um 7%, um 12% gestiegen. Ein Grund dafür ist in den verminderten Einnahmen aus den Zahlungen der Sozialversicherungen (ALV/IV) zu sehen. Den Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe werden immer weniger IV- Leistungen zugesprochen.

Indikatoren:

Das Plus der Anzahl abgeschlossener Fälle ergab sich einerseits aufgrund der engmaschigen Beratung und andererseits aufgrund der Verbesserung des Arbeitsmarktes. Uster steht damit erneut sehr gut da im Vergleich mit anderen Städten in der Deutschschweiz.

Kennzahlen:

Für die von der Stadt angebotenen Kurzberatungen ist klar ein Bedürfnis vorhanden. Die Kurzberatungen können von Hilfesuchenden z. B. für Budgetberatung in Anspruch genommen werden, aber auch von Angehörigen welche z. B. mit Finanzproblemen konfrontiert sind.

LG Asyl- und Flüchtlingswesen (S. 116- 118)

Einleitung

Die Vorgaben des neuen Asylgesetzes, die für die Stadt Uster von Bedeutung sind, treten am 1. Januar 2008 in Kraft. Der grösste Teil der Asyl Suchenden mit F- Bewilligung wird voraussichtlich in der Schweiz bleiben und von neuen Integrationsangeboten profitieren können. Asyl Suchende mit einer definitiven Wegweisung werden analog der Personen mit Nichteintretensentscheiden (NEE) nur noch Nothilfe erhalten.

Im Jahre 2006 wurden von der Asyl- und Flüchtlingskoordination 155 Asyl Suchende betreut. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr beträgt rund 11%.

Indikatoren:

Erfüllungsgrad Rückkehrfähigkeit: Obwohl die Rückkehrfähigkeit mehrheitlich vorhanden ist, ist die Bereitschaft dazu infolge der langen Aufenthaltsdauer in der Schweiz tief. Die Zwangsrückschaffung dieser Personen ist Aufgabe des Bundes und des Kantons.

Flüchtlinge:

Die meisten der zur Zeit in Uster betreuten Flüchtlinge sind aus Eritrea (Bürgerkrieg; Militärdienstverweigerer).

GF Vormundschaftswesen

Einleitung

Sowohl im Erwachsenen- wie auch im Kinderschutz nimmt die Anzahl der Personen zu, die sich anwaltlich vertreten lassen. Die erklärt die Zunahme der eingegangenen Rekurse.

Indikatoren:

Die Erhöhung der Anzahl abgeänderter Massnahmen ist einerseits aufgrund von Entscheiden vorgesetzter gerichtlicher Instanzen und andererseits aufgrund von Rekursen zu erklären.

Die Kommission Soziales und Gesundheit beantragt einstimmig dem Gemeinderat den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 des Geschäftsfeldes „Sozialhilfe“ zu genehmigen.

*Julia Amherd, Gemeinderätin
03.06.2007*

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 inklusive Investitionsrechnung des Geschäftsfeldes Sozialhilfe wird gutgeheissen.

Schlussabstimmungen:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Die Geschäftsberichte 2006 der Stadt Uster (Antrag Nr. 76) sind genehmigt.

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Die Jahresrechnung 2006 der Stadt Uster, inklusive Investitionsrechnung, (Antrag Nr. 72) ist genehmigt.

Der Vorsitzende verdankt die Arbeit des Abteilungsleiter Finanzen, Thomas Kuoni, für seine gute Arbeit. Thomas Kuoni verlässt die Stadt Uster auf Ende Jahr und nimmt eine neue Herausforderung an.

5 Motion Nr. 524 des Ratsmitgliedes Thomas Wüthrich betreffend Schaffung eines Energiesparfonds unter Verwendung des höheren Gewinnanteils der ZKB

Thomas Wüthrich hat als Motionär das Wort.

Es tut mir leid, dass ich es letztlich doch versäumt habe, meine Motion 524 zurückzuziehen. Wie mir von verschiedener Seite mitgeteilt wurde, ist es den Gemeinden laut Gesetz nicht erlaubt, irgendwelche Fonds zu öffnen. Darum ist eine Debatte über meine Motion nicht sinnvoll. Eine gesetzlich verträgliche Version mein Anliegen zu formulieren, ist mir leider nicht in den Sinn gekommen.

Ich ziehe die Motion deshalb zurück.

6 Postulat Nr. 525 von Reto Dettli betreffend «Strategische Entwicklung Stadthofsaal und Umgebung»

Der Postulant **Reto Dettli** referiert. Er weist namentlich darauf hin, dass man nicht tranchenweise über die einzelnen Teile Stadthofsaal und Umgebung befinden sollte, sondern gesamthaft über das Gebiet befinden müsste. Er bittet um die Unterstützung seines Postulates.

Der Vorsitzende fragt den Rat an, ob jemand einen Antrag auf Ablehnung stellt, denn nur so gilt die Diskussion als eröffnet.

Christian Keller stellt den Antrag auf Ablehnung des Postulates.

Mit meinem Votum nehme ich im Namen der FDP/CVP Fraktion zur Vorlage Stellung. Strategisch zu denken und zu planen ist eine Kernaufgabe des Stadtrates, das weiss er selber, auch wenn er ab und zu darauf hingewiesen wird, dies vermehrt zu tun. Gleich mehrere Baustellen sind ja in Uster offen, bei denen sich der Stadtrat in strategischen Fragen vertiefen muss und soll: Zeughausareal, Dorfbadi, Kern Süd, Villa am Aabach, Stadtverwaltung und nicht zuletzt auch beim Stadthofsaal.

Mit dem Postulat soll nun ein ganzes Gebiet strategisch beplant werden. Was soll das und warum? Der strategischen Planung hat eine Fragestellung vorauszugehen, die Planung hat eine Antwort auf konkrete Fragen zu liefern. Aber wo sind diese und wo sind die Handlungsspielräume? Das Stadtparkprojekt steht kurz vor der Umsetzung, die Baumaschinen werden nächstens auffahren. Die Landihalle wurde vor wenigen Jahren erneuert. Die Umnutzung des Pünt-Schulareals steht meines Wissens auch nicht zur Diskussion... Welche Entscheide stehen im aufgezeigten Perimeter also an, ausser beim Stadthofsaal?

Strategisch zu denken heisst auch strukturiert denken. Also gehen wir der Reihe nach: Zuerst ist die Situation Stadthofsaal dringend und endlich zu analysieren. In einem Nutzungskonzept ist aufzuzeigen, welche Bedürfnisse abzudecken sind und welche Massnahmen ergriffen werden müssen, um diese Bedürfnisse abdecken zu können. Sollte sich zeigen, dass dies trotz Ausschöpfung der planungsrechtlichen Möglichkeiten auf dem Areal nicht möglich ist, kann immer noch mit einer konkreten Fragestellung eine über das Areal hinausgehende Planung in Angriff genommen werden. Es ist nicht unsere Sache die Energie in Luftschlösser zu stecken. Investieren wir unsere Energie und vor allem die des Stadtrates und der Verwaltung in die strategischen und operativen Aufgaben, die Zuhauf anstehen. Und sorgen wir uns dafür, dass wir die eine oder andere der bereits vorhandenen Baustellen abschliessen können. Und wenn wir eine neue Baustelle eröffnen, müssen wir dies klar strukturiert und effizient tun.

Und übrigens: Soviel Vertrauen habe ich in den Stadtrat, dass wenn er zum Beispiel im Zusammenhang mit Landangeboten im diskutierten Perimeter vor grundsätzliche Fragen gestellt wird, er von sich aus, basierend auf konkreten Grundlagen, gezielte strategische Fragen bearbeitet. Im Sinne dieser Erörterungen lehnen wir das Postulat ab. Wir bitten Sie, uns dabei zu unterstützen.

Daniel Hunziker von den Grünliberalen meldet sich zu Wort:

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen

Das Postulat von Reto Dettli rennt, so hoffen wir, beim Stadtrat offene Türen ein. Seit der Abstimmung zum Kauf des Stadthofsaals vom November 2005 ist nun bereits einige Zeit vergangen und ein Konzept über Kulturräume ist Uster sollte bald vorliegen.

Damit der Gemeinderat auch rechtzeitig mitreden kann und der Stadtrat seinen Auftrag wirklich ernst

nimmt, werden wir heute dieses Postulat zu überweisen.

*Die Planung im Zentrum von Uster sollte jedoch nicht nur einzelne Gebiete abdecken, sondern immer auch die weiteren Entwicklungsgebiete und deren Potenzial für verschiedene Nutzungen mit berücksichtigen. Uns fehlt in diesem Zusammenhang eine zusammenhängende Strategie für die Umgebung des Stadthofsaals **und** des Zeughausareals. Denn auch für das Zeughausareal sind viele Visionen vorhanden, welche gebündelt werden müssen. Nutzungen für Gewerbe, Kultur und Wohnen. Aus diesem Grund haben wir heute eine Anfrage zum Zeughaus eingereicht, welche diese Schwerpunkte umfasst:*

- 1. Nachhaltiges Nutzungskonzept für Zeughausareal inkl. Stadthofsaal und Umgebung*
- 2. Püntwiese für ruhiges urbanes Wohnen (anstatt auf dem Zeughausareal)*
- 3. Zirkus, Parking bei Grossanlässen auf dem Zeughausareal*

Wir bitten den Stadtrat bei der Erstellung des Bericht des Postulats das Potenzial und die Visionen für die Nutzung des Zeughausareals mit zu berücksichtigen. Unsere Anfrage verweist auf die wichtigsten Punkte.

Die EVP/EVP-Fraktion wird das Postulat überweisen.

Daniel Hunziker, 4. Juni 2007

Marc Meyer fasst das Gesagte von Christian Keller zusammen und meint, dies ist ein möglicher Weg. Der vorgeschlagene Weg von Reto Dettli ist ein anderer und besserer. Man sollte das Gesamte betrachten. Die Fragen kommen nicht dann, wenn vom Stadthofsaal ausgegangen wird. Es ist zugegebenermassen eine Sache des Stadtrates aber es ist nicht schlecht, wenn ihm der Gemeinderat unter die Arme greift und ein Zeichen setzt. Er hofft auf die Unterstützung des Postulates.

Rolf Denzler nimmt Stellung. Das Thema Stadthofsaal ist auch der SVP-/EDU-Fraktion nicht egal, auch sie interessiert sich an der Entwicklung, nur sollte diese kein Flickwerk werden. Einzelprojekte sind am Laufen (Café, Park, usw.). Der Stadtrat befindet sich in der Konzeptphase eines neuen Stadthofsaals, was Auswirkungen auf das gesamte Gebiet haben wird. Er stellt konkret die Frage an den Stadtpräsidenten, ob sich der Stadtrat Überlegungen gemacht hat?

Stadtpräsident **Martin Bornhauser** bejaht, man hat sich Gedanken gemacht, Berater beigezogen. Man will aber die Ergebnisse zum Stadthofsaal und dessen Umgebung noch nicht präsentieren, auch zum Zeithorizont will er sich noch nicht festlegen. Allenfalls werden nach den Sommerferien Informationen fliessen.

Thomas Wüthrich warnt vor der Gefahr eines Flickwerkes bei verschiedenen Einzelobjekten. Falls sich der Stadtrat wirklich Gedanken gemacht hat, sollte es keine Sache sein, das Postulat zu beantworten. In diesem Sinne plädiert er für die Annahme des Postulates.

Reto Dettli ist der Ansicht, dass es eine umfassende Schau bracht, der Handlungsbedarf ist gross für ein attraktives Zentrum. Der Detailhandel verliert u.a. Kunden. Und wenn ein Landangebot vorliegt bevor die Überlegungen angestellt worden sind? Man sollte auf die Landeigentümer zugehen bevor das Angebot vorliegt.

Rolf Denzler erinnert an die Ausführungen des Stadtpräsidenten. Ein Massnahmen-Katalog liegt vor, der interne Prozess ist eingeleitet, deshalb ist das Postulat überflüssig. Der Stadtrat will ja von sich aus den Rat auf den laufenden halten. Die SVP-/EDU-Fraktion unterstützt deshalb den Ablehnungsantrag der FDP.

Christian Keller befürchtet eine Planung von Innen nach Aussen bezüglich des Projektes Stadthofsaal. Es gibt andere Wege bezüglich einer richtigen Fragestellung. Ein „attraktives Zentrum“ reicht nicht aus ohne konkrete Ansätze.

Daniel Hunziker meint, man vertraut dem Stadtrat, dass eine Planung vorangeht. Nichtsdestotrotz könnte der Rat das Postulat unterstützen und überweisen.

Christian Wüthrich kritisiert das Vorgehen der rechten Ratsseite à la Doppelter Pukelsheimer.

Der Vorsitzende stellt klar, dass es hier um ein Postulat geht, welches innerhalb von sechs Monaten beantwortet werden müsste vom Stadtrat.

Stadtrat **Heinz Wolfensberger** teilt als Zuständiger der Abteilung Liegenschaften mit, dass ein Konzept tatsächlich steht, man nur noch nicht darüber sprechen will zum heutigen Zeitpunkt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 17 : 15 Stimmen**

Das Postulat wird abgelehnt und gilt als erledigt.

7 Motion Nr. 526 des Ratsmitgliedes Patricia Bernet betreffend Erfüllung Kyoto-protokoll

Der Vorsitzende schlägt vor, die Diskussion über die drei Vorstösse Nr. 526, 527 und 528 von Ratsmitglied Patricia Bernet gemeinsam zu führen und danach getrennt abzustimmen.

Die Motionärin **Patricia Bernet** referiert über alle drei Vorlagen gesamthaft.

Motion Erfüllung Kyoto-protokoll

Der zunehmende Ausstoss an CO2 gefährdet das Weltklima, unsere Wirtschaft und uns Menschen.

Der Stadtrat wird beauftragt, einen Massnahmenkatalog zu erarbeiten. Damit soll schrittweise der CO2 Ausstoss bis im Jahr 2014 um 15% gesenkt werden.

In der Zwischenzeit dürfte Ihnen allen bekannt sein, dass der Mensch mit 90%iger Wahrscheinlichkeit die Klimaerwärmung zu verantworten hat.

Es kommt meinem Anliegen sehr entgegen, dass wir in den letzten Monaten verrückte Wetterkapriolen zu spüren bekommen haben:

- *Der heisseste April seit 1901*
- *grosse Trockenheit*
- *30°C im Mai – und zur Erinnerung, das ist immer noch Frühling*
- *An Pfingsten Temperaturstürze von gut 20°C, Überschwemmungen oder eingeschneite und von der Aussenwelt abgeschnittene Gebiete.*

Wer noch immer von der Laune der Natur redet und davon, dass es schon immer Schwankungen und Extreme gegeben habe – liegt weit neben dem aktuellen Wissensstand der Forschung.

Für Sie, als verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker, Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger von Uster, ist es deshalb nur nahe liegend sofort zu handeln.

Wer nicht gerne rücksichtsvoll entscheidet und lieber egoistisch handelt, darf nicht vergessen, dass der Klimawandel das Bruttosozialprodukt einbrechen lassen kann.

Die Folgen des Klimawandels, treffen leider nicht heute ein. Dann würden wir nämlich die Konsequenzen von unserem Verhalten selber zu spüren bekommen. Wir alle können uns aber ganz einfach nicht aus der Verantwortung ziehen. Wir sind es unseren Wählerinnen und Wählern schuldig; wir sind es den Kindern schuldig, wo unser Erbe übernehmen müssen. Wir sind es ihnen schuldig, für sie zukunftsgerichtet und verantwortungsvoll zu entscheiden.

Es ist aber nicht nur unser Verantwortungsbewusstsein, wo uns zum Handeln drängt. Viel mehr sind es ökonomische Überlegungen:

- *Mit der Förderung von lokaler Energie (Solar, Holz), werden Arbeitsplätze gesichert.*
- *Sanierungen von Gebäuden, Flachdächern, Installationen von Solaranlagen sichert und schafft Arbeitsplätze.*

- *Ausfälle in der Nahrungsmittelproduktion wegen des Wetters kostet Geld.*
- *Mit Investitionen der Stadt Uster, werden Tausende Franken an Investitionen durch Privaten ausgelöst. Auch das kommt der Wirtschaft zu gute.*

Ich glaube, dass alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sehr wohl langfristige Konsequenzen abschätzen können. Deshalb glaube ich auch, dass Sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nicht einen politischen Entscheid, sondern einen weisen Entscheid fällen werden.

Und zum Schluss noch etwas:

Jetzt handeln, kostet!

Nicht handeln, kostet viel mehr!

Postulat Stromsparfonds

Der Stadtrat wird gebeten im Verwaltungsrat der Energie Uster AG darauf hinzuwirken, dass ein Stromsparfonds geäufnet wird. Mit diesen finanziellen Mitteln sollen Anlagen und Methoden wirksam gefördert werden, die Strom aus umweltfreundlichen, erneuerbaren Energie erzeugen oder den Stromverbrauch reduzieren.

Diese Massnahmen können aus einigen Promillen des Umsatzes der Energie Uster AG finanziert werden. Geschäftsbericht 2005 (die aktuellsten Zahlen auf der Homepage) geht hervor, dass daraus ein Erlös von rund 32 Mio resultierte. 3 Promill würden knapp 100'000.- Fr entsprechen. Es ist nicht erforderlich, eine Lenkungsabgabe zu entrichten. Selbstverständlich ist es der Energie Uster AG frei gestellt, wie sie die Kosten decken wollen.

Als Energiestadt hat Uster verschiedene Möglichkeiten zum Handeln.

Nehmen wir die Stadt Luzern zum Vorbild – ebenfalls eine Energiestadt.

Bereits der Internetauftritt zeigt deutlich, dass Luzern innovativ mit Energiethemen umgeht. Mit drei Mausklicks bin ich auf der Seite „Energie“ oder „lassen Sie sich fördern“ oder „Energiestadt“.

Unter Energie finde ich Informationen zu:

Energieberatung,

Energieantworten,

Umwelt und Energie, und weitere Themen

((Energie Apéro Luzern,

topten (die energetisch besten Produkte),

Strom sparen,

Minergie,

Gebäudekampagne,

Baumesse Energie.)))

Unter „lassen Sie sich fördern“ steht z.B. folgender Text:

VORLESEN:

„Mit der Kampagne „Jetzt Wohnbauten erneuern!“ setzt die Stadt Luzern einen aktuellen Schwerpunkt in ihrem Energieprogramm. Aus dem Energiefonds stehen für die Jahre 2006 bis 2008 rund eine Million Franken zur Unterstützung von energetischen Erneuerungen an älteren Wohnhäusern ... zur Verfügung. usw. (((Die Bauherrschaften profitieren zudem von einem kostenlosen „Energiecoaching“ durch ausgewiesene Bau- und Energiefachleute.)))“

Als drittes Beispiel finde ich unter „Energiestadt“:

VORLESEN:

„Die langjährige fortschrittliche Energiepolitik der Stadt Luzern findet auch national Anerkennung. ... (((Das Label «Energiestadt» erhalten Gemeinden für energiepolitische Massnahmen, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen.)))

Der Massnahmenkatalog umfasst rund 90 energiepolitische Kriterien in den Bereichen kommunale Gebäude, Entwicklungsplanung/ Raumordnung, Mobilität, usw. (((Versorgung/Entsorgung, interne

Organisation und Kommunikation/Kooperation. Das Label ist ein Leistungsausweis für eine konsequente Energiepolitik. Die Resultate werden jährlich überprüft. Das Label «Energistadt» wird durch die unabhängige Kommission des Trägervereins Energistadt verliehen.))

Im Gegensatz dazu Uster.

Auch nach mehrmaligen klicken auf mögliche Felder, die das Thema Energie beinhalten könnten, finde ich nichts. Mit dem Suchbegriff Energie, sollte es klappen: Eine Enttäuschung! Ich finde Dienstleistungen mit Ihren Adressen.

Energistadt. Ich bekomme zwei Treffer: Links und Leistungsgruppen/Ämter.

Ich wähle Links und nach einigem Scrollen finde ich unter Umwelt: Energistadt. Dazu den Text: VORLESEN

„Das Label «Energistadt» erhalten Gemeinden jeder Grösse, wenn sie ausgesuchte energiepolitische Massnahmen realisiert oder beschlossen haben. Es ist Leistungsausweis für eine konsequente und ergebnisorientierte Energiepolitik. Das Label «Energistadt» wird durch den «Trägerverein Energistadt» verliehen.“

Und wenn ich wieder den Link wähle? Dann komme ich auf die offizielle Seite von Energistadt.ch Hallo? Was macht Uster? Wo unterstützt Uster private Bauherren? Welche Massnahmen ergreift Uster? Welche Subventionen werden gesprochen? Und für welche Projekte?

Mir kommt noch in den Sinn: Uster hat eine Naturgastankstelle eingerichtet. Das finde ich ehrlich sehr vorbildlich und lobenswert: Ich gebe die Suchbegriff Erdgas und Naturgas ein und finde - „Keine passenden Objekte“. Dafür finde ich später auf der Seite der Energie Uster AG den Beitrag: Uster fördert Erdgasautos

VORLESEN

„Wer ein Erdgasauto kaufen möchte, muss erst zwei emotionale Hürden überwinden: Erstens sind diese Fahrzeuge im Ankauf etwas teurer und zweitens ist die Modellauswahl bescheiden.“ – Hoppla! Gleich zwei Dämpfer zum Starten. – Aber ich lese weiter: „In Uster soll die erste Hürde für eine beschränkte Anzahl Autokäufer tiefer gesetzt werden.“ – Aha, endlich eine konkrete Massnahme! Wer umsteigt, erhält einen «Zustupf» von bis zu 1500 Franken!

Meine Konsequenz aus der Internet Recherche: Ich habe eine Möglichkeit: Ich kaufe ein Erdgasfahrzeug.

Ehrlich gesagt, ist dieses Resultat etwas dürftig.

Aber Uster hat noch mehr. Es gibt den Strategiebericht zur Energiepolitik.

Endlich auf Seite 34 finde ich das „Massnahmenpaket“.

Das betrifft öffentliche Liegenschaften und Fahrzeuge (das finde ich vorbildlich: Uster steigt auf erdgasbetriebene Fahrzeuge um).

Private (und öffentliche) Liegenschaften: u.a. gibt es folgende Massnahmen: „Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen“, „Beratungen“, „Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen“. Das tönt wirklich interessant. Der Auftrag lautet: „Der Bevölkerung wird ermöglicht, Elektrizität aus neu oder wieder genutzten, erneuerbaren Energiequellen ... zu beziehen.“ Ich frage mich: ist das heute nicht selbstverständlich?

Es steht nichts zu

Sanierungen von Gebäuden.

Subventionen für die Installation von erneuerbaren Energieträgern.

Förderung von stromsparenden Produkten

Unterstützung des Gewerbes, die in Energiethemen positiv hervorragen.

Langer Rede kurzer Sinn:

Uster engagiert sich (gemäss Strategiebericht zur Energiepolitik).

Niemand weiss davon.

Es werden keine Investitionen ausgelöst.

Energetisch sinnvolle Anpassungen werden deshalb nicht ausgeführt.

Die Wirtschaft profitiert nicht.

Wir brauchen darum den Energiesparfonds!

So können wir Massnahmen publik machen.

Wir können Projekte realisieren.

*Wir sichern und fördern Arbeitsplätze.
Wir unterstützen die lokalen Firmen.*

*Und das Gute daran:
Es gibt nur Gewinner!*

Motion Verminderung von Lichtemissionen

Am Tag ist es hell.

In der Nacht ist es dunkel. – Ausser der Vollmond scheint. Oder ausser wir leben in einer Stadt.

Wir haben heute die Tendenz immer mehr Situationen und Bedingungen unseren Verhalten anzupassen – anstatt umgekehrt: unser Verhalten den Bedingungen anzupassen.

Ja, ich fühle mich wöhler, wenn es hell ist.

Ja, in der Nacht schaue ich genauer, ob sich nicht eine Person hinter einem Baum versteckt hat.

Ja, ich glaube, dass wir uns subjektiv sicherer fühlen, wenn es hell ist.

Nein, nur weil es hell ist, ist es nicht sicherer.

Nein, es ist nicht im dunklen Wald und auf dunklen Wegen, wo Gefahren lauern.

Nein, nicht das Licht schützt mich, sondern mein Verhalten.

Gefährlich ist es dort, wo Menschen sind und dort, wo es hell ist – denn dort halten sich die meisten Leute auf.

Die Energie Uster AG teilt mit „dass die komplette Abschaltung der Beleuchtung für einzelne Strassen und Wege zwischen 1 und 5 Uhr nicht vertretbar ist“. Das erstaunt mich nicht im Mindesten. Oder kennen Sie einen Verkäufer, der Ihnen sagt: Nein, kaufen Sie mein Produkte besser nicht!

Es ist bereits gut, dass zwischen 10 und 5 Uhr in der Nacht alle Lampen mit reduzierter Leistung leuchten (ausser bei Fussgängerstreifen). Und dass zwischen 1 und 5 Uhr jede zweite Leuchte ausgeschaltet wird.

Ich bin überzeugt, dass sich die Strassenbeleuchtung weiter reduzieren liesse. Dafür müsste auf verschiedenen Wegen und Strassen nachts geprüft werden, wie viele Personen die Wege effektiv nutzen. Eine Umfragen zum subjektiven Sicherheitsempfinden vor Ort – in der Nacht auf den Wegen (und nicht in der warmen, hellen Stube), würden ebenfalls Klarheit schaffen.

Die Verminderung der Lichtemissionen soll aber auf keinen Fall zu Lasten der Sicherheit sein.

Mit Sicherheit haben aber z.B. nichts zu tun:

- *Emissionen, die in den Himmel zielen.*
- *Skybeamer*
- *Beleuchtungen von Sportanlagen, die in den Himmel scheinen*
- *Beleuchtung von Fassaden, Treppenhäusern, Garagen, Bäumen oder Skulpturen.*

Mit einer entsprechenden Verordnung kann Uster neue Akzente setzen und im Sinne des Labels „Energistadt“ handeln.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Motion.

Der Vorsitzende fragt den Rat an, ob jemand einen Antrag auf Ablehnung der jeweiligen Vorstösse stellt.

Zu Vorstoss Nr. 526 (Erfüllung Kyoto-Protokoll) stellt **Rolf Denzler** einen Ablehnungsantrag.

Zu Vorstoss Nr. 527 (Stromsparfonds) stellt **Jean-François Rossier** einen Ablehnungsantrag.

Zu Vorstoss Nr. 528 (Verminderung der Lichtemissionen) stellt **Ruedi Locher** einen Ablehnungsantrag.

Die Diskussion ist damit eröffnet.

Rolf Denzler begründet seinen Ablehnungsantrag.

Im Rahmen des Umweltschutzes sind nicht Einzelmassnahmen und Einzelvorstösse von Kommunen gefragt. Sondern hier sind Koordinationen (als globale Frage) primär auf internationaler Ebene und auf Bundesebene verlangt. Bevor nicht auf eidgenössischer Ebene verbindliche Gesetzesvorlagen bestehen, kann es nicht Sache der Stadt Uster sein, Massnahmenkataloge vorzulegen und einzurichten. Einzelaktionen bringen keinen Effekte, lediglich für die SP Erwähnung in den Medien.

Von Aussagen, dass der Klimawandel menschengemacht sei, davon nehmen namhafte Wissenschaftler Abstand. Gemäss dem neuen IPCC-Bericht sind die Zahlen nicht bedrohlicher geworden. Dies sind Aussagen des deutschen Meteorologen Ulrich Cubasch, welcher an den IPCC-Berichten beteiligt war. Auch wird die Schuld des Menschen am Klimawandel vom US-Klimatologen Richard S. Lindzen bezweifelt.

Zuerst sind auf Stufe des Bundes diesbezügliche gesetzgebende Vorschriften zu erlassen, welche dann von den Kantonen und Gemeinde gezielt und gemeinsam umgesetzt werden können.

Die Umsetzung des Kyoto-Protokolls ist nicht Sache der Stadt Uster bzw. des Stadtrates von Uster.

Jean-François Rossier vertritt die Ansicht, dass es der Stadt Uster nicht zusteht, auf die Energie Uster AG in dem vorgeschlagenen Rahmen Einfluss zu nehmen. Energie Uster AG bietet bereits heute namhafte alternative Energiequellen zur Verfügung.

Ruedi Locher begründet seinen Ablehnungsantrag.

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, sehr geehrte Damen und Herren
Sehr geehrte Motionärin

Licht ist die Quelle des Lebens!

Wir, die FDP/CVP Fraktion stellen einen Ablehnungsantrag.

Ich weiss, Sie meinen nicht das Sonnenlicht, sondern das von Menschen gemachte Licht.

Der Mensch verliere, so argumentieren Sie, das natürliche Anpassungsvermögen an die Dunkelheit. Vielleicht! Nein Frau Kol. Bernet. Licht ist nicht nur Schadenausstoss. Licht ist Leben, Licht ist Kultur, Arbeitsplatz, Gewerbe, Freizeit, Sicherheit und dieses Lichter wollen Sie abschalten? Sie wollen uns das Licht wegnehmen?

Sie wollen pauschal in die Gewerbefreiheit eingreifen. Sie wollen, dass sich die Einwohner dem Dunkeln anpassen. Das ist ein unrealistisches und unpraktikables Wunschdenken!

Zur Lebensqualität: Denken sie einmal ans Open-Air Kino, Tolle Sache. Alles Licht. Es gäbe unzählige Beispiele, oder würden Sie hier eine „Ausnahme“ akzeptieren? Der Kultur wegen? Das wäre sehr inkonsequent! Wo verbleibt die Attraktivitätssteigerung bei dem wenigen Licht.

Zur Sicherheit: Können wir überhaupt und Dürfen wir überhaupt?

Ein Sturz im Dunkeln auf öffentlichem oder privatem Grund? Was dann? Haftpflichtfragen, Sonderfall Uster, Verantwortungsklagen, ein Park ohne Licht, die Kirchentreppe Uster ohne Licht, die Burg unbeleuchtet, die Zürichstrasse dunkel. Wollen wir zum Dunkel-Uster werden? Sie Sicherheit ist zu verbessern, und nicht zu verschlechtern. Sogar unsere eigene Jugend sucht ihr Vergnügen nachts bei toller Beleuchtung. Als Ausnahmen würden Sie Bahnhöfe, Unterführungen, Zugabteile, Autobahnparkplätze, Flughäfen, Sportanlagen, Strassen, Gassen und Fusswege in den Städten und Dörfern, Spielplätze, Uferbeleuchtungen, Hauseingänge, Treppenhäuser ausklammern. Das Gewerbe nicht! Die Hälfte der Strassenbeleuchtung möchten Sie einsparen, wo denn? Bei uns, bei Ihnen auch oder bei den anderen?

Zu Ihren Beispielen:

- Tschechien, vielleicht haben Sie Recht, dass mit Lichtemissionen dort anders umgegangen wird als bei uns, aber die Stahl- Kohle- und Schwerindustrie, die ein vielfaches mehr an Mensch- und Umweltschäden produziert als das unser Licht, und uns als Leistung superbillige Produkte liefert, fehlt in Ihrem guten Beispiel.

- Italien produziert Strom ausschliesslich in Kohle- und Gaskraftwerken mit exorbitantem CO2-Ausstoss. Der Strom ist in Folge derart teuer, dass sogar der Staat richtig sparen muss, er schaltet einfach das Licht ab; nicht der Emissionen wegen, sondern wegen des Geldes.

- Luzern belichtet den Pilatus und die Standseilbahn als Touristenattraktion, und das Kulturzentrum KKL und die Kapellbrücke und das Verkehrshaus und den Gletschergarten.

- Burgdorf, hat jüngst riesige Einkaufszentren eröffnet, alles hell + grell beleuchtet.

- und Uster im Gegenteil; verlangt eine amtliche Betriebsbewilligung für Skybeamer, eine Bewilligung für Reklameleuchten. Solche können sogar eingeschränkt werden, was ein aktuelles Beispiel bestätigt. Strassenbeleuchtungen werden bereits gedimmt. Im neuen Stadtpark wird dynamisch beleuchtet, d.h. bedarfsgerecht. Das Sportzentrum leuchtet bei Bedarf, sonst ist dunkel. Die grossen Einkaufszentren, diese leuchten bekanntlich in den Nachbargemeinden.

Ihre Motion ist für unsere Fraktion nicht anwendbar und deshalb lehnen wir die Ueberweisung ab.

Simone Michel nimmt Stellung zu den drei Vorstössen: Sie möchte nachdoppeln zu dem was Patricia Bernet ausgeführt hat.

Zum Kyotoprotokoll: Es wird bis 2014 noch mehr CO2-Ausstoss geben, er wird nicht rückläufig sein. Der vorhandene Spielraum sollte ausgeschöpft werden und zwar auf jeder Stufe (Bund, Kanton, Gemeinde). Ein wirtschaftlicher Aspekt im Klimaschutz: dieser generiert Arbeitsplätze.

Zum Energiesparfonds: Auf Kantonsebene ist dieser bereits vorhanden. Energie Uster AG kann nicht soviel Strom aus erneuerbarer Energien liefern, wie die Nachfrage vorhandne ist. Es wäre daher mehr Potenzial vorhanden.

Zum Thema Lichtemissionen: Man müsste ganze Strassenzüge prüfen betreffend Beleuchtung. Zu Rudolf Locher: Man sollte nicht Kraut und Rüben miteinander vergleichen, abgesehen davon ist der Mensch von Natur aus fähig, mit Dunkelheit umzugehen.

Benno Scherrer führt aus, dass die EVP-/GLP-Fraktion alle drei Vorstösse unterstützt. Betreffend Kyotoprotokoll erinnert er daran, dass Uster Energie-Stadt ist und das Kyotoprotokoll durchaus auch eine kommunale Sache ist. Die GLP hat auf kantonaler Ebene ein entsprechender Vorstoss am Laufen. Der Stromsparfonds wäre ein wichtiger Impuls, die Energie Uster AG würde sich visionär zeigen, wenn sie sich als Anbieter diesbezüglich positionieren würde.

Betreffend Beleuchtung verweist er auf das Geschäft betreffend neuer Weihnachtsbeleuchtung und seiner Aufforderung, den echten Sternenhimmel zu betrachten.

Marianne Siegrist ergreift das Wort:

Die FDP Uster unterstützt die Erzeugung von Strom aus umweltfreundlichen, erneuerbaren Energien. Ebenso ist sie der Überzeugung, dass Stromsparmassnahmen unumgänglich sind um das weltweite Energieproblem zu bekämpfen.

Trotzdem ist die FDP/CVP Fraktion dagegen, die Energie AG Uster zu verpflichten, einen Stromsparmfonds zu öffnen.

Weshalb?

- Es ist nicht Sache der Energie AG bzw. der Stadt Uster, Energiesparmassnahmen von Privaten zu subventionieren. Diese müssen ihre Rechnung selber machen, d.h. die meist höheren Investitionskosten den langfristig tieferen Energiekosten gegenüberstellen, sei es bei Stromsparlampen, neuen Fenstern oder Nutzung von Erdwärme.*
- Der administrative Aufwand wäre unverhältnismässig hoch, um das Begehren mit der Regelung der Subventions-Ausschüttung durchzuführen.*
- Ein Stromsparmfonds wie von der Postulantin vorgeschlagen, stellt einen Eingriff in den freien Markt dar, der Markt soll auch im Bereich Energiesparen spielen.*
- Dass das lokale Gewerbe von dieser Massnahme profitieren wird, bezweifeln wir sehr.*
- Eine Verteuerung des Stroms durch verschiedene alternative Stromerzeugungsmassnahmen ist unsinnig und würde im offenen Strompreismarkt einen Wettbewerbsnachteil für Uster darstellen.*
- Und zuletzt – es fehlen die gesetzlichen Grundlagen, dass die Energie Uster AG einen Stromsparmfonds öffnen könnte. Die Öffnung eines Stromsparmfonds würde einer Lenkungsabgabe gleichkommen, und diese bedarf einer gesetzlichen Grundlage.*
- Der GR kann auch ohne Stromsparmfonds Einfluss nehmen und energiesparende Projekte, vor allem bei Bauvorhaben, verlangen, bzw. unterstützen.*

Aus diesen Gründen werden wir dieses Postulat nicht überweisen.

FDP/CVP Fraktion Marianne Siegrist

Uster, 4.6.2007

Reto Dettli wünscht eine Stellungnahme des Stadtrates. Stadtrat Thomas Kübler verweigert ausdrücklich eine Stellungnahme. Reto Dettli führt zum Thema Stromsparmfonds aus, dass er es bedauert, dass der Stadtrat auch zu der Eigentümerstrategie schweigt. Verschiedene Gemeinden verfügen über einen Stromsparmfonds (Küsnacht, Luzern, Frauenfeld). Analysen haben gezeigt, dass diese eine gute Investition für das lokale Gewerbe und die Umwelt sind. Es ist dies kein unzulässiger Eingriff in den Machtbereich der AG und kann auch trotz geöffneten Stromwettbewerb umgesetzt werden.

Stadtrat **Thomas Kübler** kontert, dass für die strategische Ausrichtung der AG einzig der Verwaltungsrat zuständig ist, auch der Stadtrat hat sich nicht einzumischen. Die AG mit Vorgaben in den freien Markt zu schicken ist unmöglich, denn sie soll sich behaupten können.

Thomas Wüthrich: Wenn der VR nicht das macht, was die Aktionäre – nämlich wir – wollen, wechselt man ihn halt aus. Jede Firma macht Rückstellungen, was grundsätzlich auch in einen Fonds einsetzbar wäre. Alternative Energien werden schlecht geliefert, vergällt, wenn der Strom nicht „von der Stange“ kommt. Neue Konstruktionen sind nicht subventionswürdig. Zum Votum von Rolf Denzler: wir sollten ein Vorbild sein und nicht abwarten, bis vom Bund Vorgaben kommen. Zum Referat von Ruedi Locher: Die angeführten Beispiele wie Tschechien sind schlechte Vergleiche, da Tschechien nicht Vorbildcharakter hat.

Cla Reto Famos ergreift namens der FDP-/CVP-Fraktion das Wort:

Die FDP/CVP-Fraktion plädiert für Ablehnung der Motion.

Begründung: Die Motion spricht mit der Treibhausgasfrage zwar ein wichtiges globales Thema an, die Behandlung des Kyoto-Protokolls auf kommunaler Ebene macht aber wenig Sinn, weil es sich um ein Vertragswerk handelt, das in langwierigen Verhandlungen auf internationaler Ebene ausgehandelt wurde und auf die Umsetzung durch die unterzeichnenden Vertragsstaaten und nicht auf den autonomen Nachvollzug durch einzelne Kommunen ausgelegt ist. Das Kyoto-Protokoll, das 2005 in Kraft trat, ist auch von der Schweiz unterzeichnet worden. Damit verpflichtet sich der Bund, die Emission von Treibhausgasen (von denen CO₂ nur eines ist) um 8% zu reduzieren. Die Treibhausgas-Emissionen der Jahre 2008-2012 müssen im Durchschnitt um 8% geringer sein als die Emissionen des Jahres 1990, das als Vergleichsjahr dient.

Der Bund hat denn auch schon verschiedene Massnahmen ergriffen, weitere werden diskutiert – u.a. die CO₂ Abgabe. Der Streit um das geplante neue Gaskraftwerk (die FDP hat sich aus Gründen des CO₂-Ausstosses dagegen ausgesprochen, ist aber von der SP nicht unterstützt worden) zeigen aber, wie schwierig und komplex die Situation schon auf nationaler Ebene ist.

Das Kyoto-Protokoll ist zwar nicht unumstritten – der grösste Makel liegt wohl darin, dass einige der grössten Industrieländer dem Abkommen nicht beigetreten sind und der grösste Zuwachs an Treibhausgasen in früheren Entwicklungsländern stattfindet, die sich rasch industrialisieren. Es ist unbestritten, dass es unumgänglich sein wird, die Treibhausgase langfristig weltweit sogar noch stärker zu reduzieren, als in Kyoto vorgesehen. Allerdings müssen Massnahmen, die wir hier in der kleinen Schweiz beschliessen, in einem sinnvollen Verhältnis von Aufwand und Ertrag stehen und die Aussicht haben, wirklich etwas zu bewegen.

Die Motion will den Stadtrat auffordern, einen Massnahmenkatalog zu erarbeiten. Mit einem Aktivismus von einzelnen Gemeinden kann aber das Problem des weltweit zu hohen CO₂-Ausstosses nicht wirksam bekämpft werden. Auch für die Situation in der Schweiz bringen solche Aktionen wenig. Die Motionärin hat in der Zeitung auf die Gemeinde Davos hingewiesen: Davos hat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die im letzten Dezember vorgestellt wurde. Dabei ist aber klar: Davos hat im Zusammenhang mit dem jährlich stattfindenden WEF ein spezifisches Standortinteresse, sich mit den von den globalen Wirtschaftsführern und Politikern diskutierten Themen auch lokal auseinander zu setzen. Für Uster drängt sich ein solches Vorgehen nicht zuletzt aus Gründen von Aufwand-Nutzen-Überlegungen nicht auf.

Die FDP/CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Motion einen unnötigen Aufwand in der Verwaltung auslöst. Zu denken ist hier an die Erhebung der Daten, an die Rekonstruktion der Daten von 1990 und vieles mehr. Ein Vorpreschen der Stadt Uster bringt vielleicht kurzfristig eine Schlagzeile, schafft aber wohl insgesamt eher neue Doppelspurigkeiten. Es ist ungewiss, ob Usters Alleingang mehr als ein Tropfen auf einen heissen Stein sein kann. Der Hinweis auf lokale Arbeitsplätze in der Forst-, Land- und Bauwirtschaft erscheint zudem doch etwas gesucht. Die Motionärin schreibt, dass der Stadtrat nicht Neues erfinden, sondern nur den bekannten Handlungsspielraum umsetzen müsse. Dafür aber braucht es diese Motion nicht. Denn die Stadt Uster hat als Energiestadt schon viele sinnvolle Massnahmen im Umweltbereich eingeleitet. Auf diesem Weg wollen wir weiter fahren.

Christian Wüthrich kritisiert die Haltung, wonach keine Verantwortung übernommen werden will und erst der Bund bzw. Kanton handeln soll.

Stefan Feldmann nimmt Stellung zu Jean-François Rossiers Votum: Dass der Gemeinderat aus rechtlichen Gründen nicht intervenieren könne bei der Energie Uster AG stimmt nicht. Die Stadt Uster ist „shareholder“, „Volksvermögen“ wurde in die AG eingebracht. Und damit kann der Gemeinderat dem Stadtrat als Aktionär gewisse Dinge mit auf den Weg geben. Zu Cla Reto Famos: Am Beispiel Davos kam von freisinniger Seite her der Spruch: „Global denken, lokal handeln“. Warum ist in Davos so etwas machbar und in Uster nicht? Er zitiert JFK anlässlich des Apollo-Programms: „ Wir stellen uns die Aufgabe, weil sie schwierig ist.“.

Stadtrat **Thomas Kübler** gibt Stefan Feldmann hinsichtlich der Möglichkeit, auf etwa hinzuwirken, Recht, was aber nie zu einer Verpflichtung seitens des VR würde. Das Obligationenrecht legt klar fest, wofür der Aktionär zuständig ist und die Strategie ist Sache des VR.

Patricia Bernet zeigt sich enttäuscht ob der Reaktionen und hält ein emotionales Schlussplädoyer.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung über Motion Nr. 526 (Erfüllung Kyoto-Protokoll):

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 15 Stimmen

Die Motion wird abgelehnt und gilt als erledigt.

8 Postulat Nr. 527 des Ratsmitgliedes Patricia Bernet betreffend Stromsparfonds

Dieses Traktandum wurde zusammen mit Traktandum 7 beraten.

Abstimmung über Postulat Nr. 527 (Stromsparfonds):

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 15 Stimmen

Das Postulat wird abgelehnt und gilt als erledigt.

9 Motion Nr. 528 des Ratsmitgliedes Patricia Bernet betreffend Verminderung der Lichtemissionen

Dieses Traktandum wurde zusammen mit Traktandum 7 beraten.

Abstimmung über Motion Nr. 528 (Verminderung der Lichtemissionen):

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 15 Stimmen

Die Motion wird abgelehnt und gilt als erledigt.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 26. Juni 2007 statt.

Schluss der Sitzung 22.30 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident
Werner Hürlimann

Datum Die Stimmzähler/innen:

Stefan Feldmann

Walter Meier

Andres Kunz